

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepatente Koloniel-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Kreisverleger: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 21. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Ausschreitungen des italienischen Parlamentarismus.

Rom, 17. Januar 1896.

Die Klagen über die Ausschreitungen des Parlamentarismus in Italien sind nahezu so alt, als der italienische Parlamentarismus selbst. Sie stimmen zum Theil überein mit den Ausstellungen, welche in Frankreich gegen das parlamentarische System erhoben werden, wie ja der italienische Parlamentarismus eine Nachahmung des französischen ist. Nur daß in Italien der Mangel an wirtschaftlicher Initiative und die daraus entspringende allgemeine Armut, das Bestreben, die parlamentarischen Formen dem privaten Interesse einzelner Persönlichkeiten oder Gruppen dienstbar zu machen, noch weit stärker hervortritt als in Frankreich.

Das Ministerium ist in Italien wie in Frankreich hauptsächlich ein Werkzeug der Kammer. Um sich im Amte zu erhalten, muß das Ministerium den einzelnen Abgeordneten oder ganzen Gruppen von solchen fortwährend Zugeständnisse machen, die nicht von politischer, sondern von rein privater Art sind. Es muß bei der Befehung der Beamtenstellen den von einzelnen Abgeordneten empfohlenen Persönlichkeiten den Vorzug einräumen, es muß Brücken, Straßen, Eisenbahnen und sonstige öffentliche Anstalten je nach den Wünschen der Abgeordneten bewilligen, welche ohne Rücksicht auf das Interesse der Gesamtheit als Advokaten ihrer Wahlkreise oder einzelner hervorragender Wähler auftreten. Sehr bald sind die Parlamentarier zu der Einsicht gelangt, daß sie um so mehr an solchen persönlichen Zugeständnissen erlangen können, je häufiger das Ministerium wechselt; gerade wie im alten Rom die Prätorianer von der Thronbesteigung jedes neuen Kaisers Geldgeschenke erwarten durften, muß jedes neue italienische Ministerium sich durch persönliche Zugeständnisse aller Art in die Gunst der Kammer einkaufen. So ist es gekommen, daß während die Mandatsdauer des Abgeordnetenhauses in Italien fünf Jahre beträgt, die Regierungsdauer eines italienischen Ministeriums sich durchschnittlich nur auf ein Jahr beläuft. Die notwendige Folge hieron ist, daß kein Ministerium hinreichende Zeit besitzt, um politische oder soziale Reformen zur Durchführung zu bringen; womit denn die gesammte Entwicklung des öffentlichen Lebens in Italien genehm ist.

Ein vielbemerkter Artikel der „Nuova Antologia“ hat neulich den Vorschlag gemacht, dem Uebel durch eine Verhinderung der persönlichen Gewalt des Königs abzuwehren, sodaß das Verbleiben der Minister im Amte nur vom König abhängig wäre und die Kammer auf die Diskussion des Budgets und der sonstigen Gesetzesvorlagen beschränkt würde. Man hat aber gerade von monarchischer Seite gegen diese Vorschläge eingewendet, daß sie die Monarchie in Gefahr bringen würden, indem sie die Person des Monarchen zum Zielpunkt von Konflikten machen würden, die jetzt durch eine Ministerkrise zum Austrag gebracht werden.

Richtiger würde es ohne Zweifel sein, wenn man die Kammer und das Ministerium geschlecht derartig miteinander verketete, daß, wenn das Ministerium fiel, zugleich auch die Kammer aufgelöst werden müsse und umgekehrt. Eine Senatskommission könnte dann die Neuwahlen auszeichnen und das Interregnum übernehmen. Die italienischen Abgeordneten fürchten nichts so sehr als den Verlust des Mandats, welches ihnen in ihren Bezirken eine fürstliche Machtstellung und alle Arten von wirtschaftlichen Vortheilen verleiht; sie würden sich zweimal bedenken, ein Ministerium zu stürzen, wenn dessen Sturz mit dem Verluste ihrer Mandate verbunden wäre. Andererseits würde ein Ministerium nicht leicht zur Auflösung der Kammer schreiten, wenn es gleichzeitig mit dieser Auflösung sein Amt niederlegen müßte. Das Ministerium bliebe der Kammer verantwortlich, diese aber hätte sich wegen der Befreiung eines Ministeriums sogleich und ohne Aufschub vor dem Volke zu verantworten. Eine solche Verketzung zwischen der Kammer und dem Ministerium würde in der Folge eine ernsthafte und stetige politische Arbeit ermöglichen, an welcher es in Italien bisher gefehlt hat.

Freilich, eine gründliche Reform ist nicht möglich, so lange Italien sein erbärmliches Wahlgesetz hat, welches einen großen Theil des Volkes seines politischen Grundrechtes beraubt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. Januar 1897.

Aus dem Reichstage. Die Debatte über die Interpellation des Abgeordneten Dr. Gahn, betr. das Wegerecht der Fischdampfer auf See, führte heute zu einer längeren Debatte, nachdem der Minister v. Bötticher sich zur sofortigen Beantwortung bereit erklärt hatte. In der Sache handelt es sich wesentlich darum, daß durch einen in Washington zwischen den Seemächten vereinbarten Vertrag die Seedampfschiffe wesentlich benachteiligt werden, weil sie in Zukunft ausweichen sollen, was ihnen, wenn sie die See ausgenommen haben und sie hinter sich herschleppen, sehr schwer fällt, wenn nicht ganz unmöglich ist. Der Interpellant warf den deutschen Vertretern auf der Konferenz vor, daß sie die Interessen unserer Seeschiffer an der Nordsee Küste vernachlässigt haben.

In derselben Richtung bewegten sich die Ausführungen der meisten Redner aus dem Hause, welche zur Interpellation sprachen. Minister v. Bötticher wehrte diese Angriffe, so gut es gehen wollte, ab.

In der darauf erfolgten Fortsetzung der Etatsdebatte erludigte sich von Stumm nach dem Schicksale des Duebrachozolles, wodurch er eine Rede des Staatssekretärs der Reichsfinanzen entsefelte, welche über eine Stunde dauerte, und nach deren Beendigung das Haus so erschöpft war, daß es sich verlagte.

Morgen 1 Uhr Fortsetzung der Etatsberatung.

Im preussischen Abgeordnetenhause verlief die heute fortgesetzte Etatsberatung ziemlich einformig. Nachdem sich zunächst Abg. Friedberg (natl.) in längeren Ausführungen gegen den Beamtenbesoldungsplan, namentlich gegen die beabsichtigte Regelung der Professorengehälter gewandt und nochmals betont hatte, daß seine Partei kein reaktionäres Vereinsgesetz wolle, bereitete Abg. v. Kardorff (H.) dem Hause dadurch eine freudige Uebererraschung, daß er — wohl zum ersten Mal in seinem Leben — in seiner Etatsrede die Währungsfrage nicht berührte. Statt dessen wandte er sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie, die gerade wie die Jakobiner in den Zeiten des Jakobinismus in Frankreich vor der Revolution das ganze öffentliche Leben beherrschten, heute durch ihre Vereinsorganisationen und durch ihre Geldmittel den Staat zu erschüttern streben. Die im Prozeß Ledert-Pöhow zu tage getretenen Schäden bedauerte der Redner, er nahm aber seinen Schirmherrn Bismarck dagegen in Schutz, als trage dieser die Verantwortlichkeit für das Treiben der politischen Polizei, indem er an den bekannten Stieber erinnerte, der schon vor der Zeit Bismarck's sein Unwesen getrieben. Ob Herr v. Kardorff hiermit wohl der Regierung einen Gefallen gethan hat?

Die Sorgen v. Kardorff's über die Sozialdemokratie suchte Stöcker durch eine salbungsvolle Predigt zu zerstreuen, in der er betonte, daß die Sozialdemokratie viel zu wenig revolutionäre Kräfte habe, um jemals gefährlich zu werden. Wahrheit rührend war es, wie sich Stöcker bemühte, der Presse eine Vorlesung über Ehre, Anstand und Wahrheitsliebe zu halten. Eine geeigneter Persönlichkeit ist dafür allerdings im Hause kaum vorhanden. Treffend erwiderte ihm Abg. Wallbrecht (nl.) unter Bezugnahme auf Stöcker's Vergangenheit, man solle, wenn man sich durch die Presse beleidigt fühle, Klagen, aber diese Klagen auch durchführen. Bei seinen früheren Freunden versuchte Stöcker sich dadurch einzuschmeicheln, daß er es als Noblesse bezeichnete, daß die nothleidenden Landwirthe den Beamten etwas zuwenden wollten.

Nachdem sich noch der Pole Motty über die ungleiche Behandlung der Polen beschwert und der Kultusminister Dr. Boffe in auffallend bestiger Weise erwidert hatte, wurde die Beratung auf morgen verlag.

Die „Noth der Landwirthschaft“ kommt in einer Veröffentlichung der „Statist. Korresp.“ ziemlich schlecht weg. Dies Blatt rechnet nämlich den Umfang der Nebenberufstätigkeit aus, wie er sich nach der letzten Berufszählung ergeben hat. Danach läßt von je 100 selbständigen Landwirthen 19 einen Nebenberuf aus, von 100 Gewerbetreibenden 38 und von 100 Selbständigen der Abtheilung Handel und Verkehr 31. Von den selbständigen Landwirthen waren also weit weniger in der unangenehmen Lage, sich nach einem Nebenberuf umsehen zu müssen, als die Angehörigen anderer Erwerbskreise. Und wenn die Thatfache, daß jemand keinen Nebenberuf zu treiben braucht, als Merkmal der mehr oder weniger befriedigenden wirtschaftlichen Lage angesehen werden darf, so wird man sagen dürfen, bemerkt dazu die „Statist. Korresp.“, daß diese hiernach bei den Selbständigen der Industrie am wenigsten vorthelhaft, etwas besser bei denen des Handels und noch besser bei denen der Landwirthschaft zu sein scheint. — Arme nothleidende Agrarier! Was nützt da die ganze Statistik, wenn sie nicht einmal die „Noth der Landwirthschaft“ und die Mithigkeit des Antrages Kanth, der Zuckerprämien und dergleichen beweist? Weg mit solchen revolutionären Einrichtungen!

Deutsches Reich.

— **Zum Kampf gegen die Margarine.** Zu den beim Reichstage eingebrachten Margarineverträgen schreibt man der „Münchener Allg. Ztg.“ von Berlin und die „Nord. Allg. Ztg.“ giebt die Meldung wieder: „Die Nachricht einiger Blätter, daß die Ausschüsse auf eine unmittelbar bevorstehende gesetzliche Regelung der Margarinefrage sich in den letzten Tagen ganz erheblich gebessert hätten, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Es ist möglich, daß in dieser Hinsicht die Parteien, die die Margarinevorlage wieder im Reichstage eingebracht, sich bezüglich der Trennung der Verkaufsstellen zu Zugeständnissen bereit erklärt haben. Aber die Meldung, es sei jetzt auch betreffs des Färbeverbots zwischen den verbündeten Regierungen und den Mehrheitsparteien des Reichstags eine Einigung erzielt worden, die einen Verzicht auf das Färbeverbot bedeute, bestärkt sich entschieden nicht. Ein Meinungs-austausch hierüber ist innerhalb des Bundesraths noch nicht erfolgt. Einige Abgeordnete hatten allerdings auf privatem Wege Gelegenheit gehabt, die Absicht des Ministers v. Bötticher darüber zu hören, auf welcher Linie eine Verständigung zu erzielen wäre.“

— **Unternehmer und Arbeiter.** Nach einer gewissen Sorte jüngster Sozialpolitik ist eigentlich die ganze Arbeiterfrage von vornherein ein Unsinn. Nur höchst fleißig und sparsam müssen die Arbeiter sein, sie müssen auf ihren Vortheil bedacht sein und trachten, vorwärts zu kommen; dann kann es ihnen nicht schaden. Wer dies Rezept befolgt, der kann es mit Bechtigkeit vom Arbeiter zum selbständigen Unternehmer bringen. Und wenn die Arbeiter alle so schlau wären und es nicht so viele lächerliche Leute unter ihnen gäbe, die ihr Geld lieber vertrinken und verspielen, dann wäre die soziale Frage mit der größten Leichtigkeit gelöst und es würde überhaupt nie eine gegeben haben. — Da ist es denn recht interessant, zu sehen, wie sich die Zahlen der selbständigen Unternehmer und der Arbeiter zu einander verhalten. Nach einer Mittheilung der „Statist. Korresp.“ waren nach der Berufszählung vom Jahre 1895 selbständige Unternehmer von je 100 im Beruf thätigen Personen in der Landwirthschaft 29, im Gewerbe 20 und im Handels-

und Verkehrsgewerbe 35. Beispielsweise im Gewerbe und in der Industrie kamen also auf jeden Unternehmer durchschnittlich 4 Arbeiter oder die Zahl der Unternehmer betrug $\frac{1}{4}$, die der Arbeiter $\frac{1}{4}$. Da gehört doch völlige Verstandlosigkeit zu der Behauptung, die Arbeiter könnten sich durch Fleiß und Sparsamkeit selbständig machen. Einige können es vielleicht unter besonders günstigen Umständen, nicht aber die Gesamtheit. Für die muß die soziale Frage schon in anderer Weise gelöst werden. —

— **Gründe wohlfeil wie Brombeeren** haben die Bismarcker Fleiß für die Rechtsmachung des arbeitenden Volkes durch Ausnahmegesetze gehabt. Nun ist es der Versuch der Gründung eines Eisenbahnarbeiter-Vereins, der die „Hamburger Nachrichten“ mit ihrem stereotypen Verlangen nach Ausnahmegesetzen auf den Plan rufte. Das Blatt für Landesverrath, Großkapitalismus und Klassenkampf schließt seinen letzten Leitartikel, der die Anfänge einer deutschen Eisenbahnarbeiter-Bewegung behandelt, mit folgenden Sätzen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten dürfen:

Dagegen erblicken wir in den Plänen, die sie enthält, eine neue Mahnung an den Staat, gegen die staatsgefährlichen und landesverräterischen Antriebe der Sozialdemokratie mit allen Mitteln vorzugehen, die ihm zu gebote stehen. Wir glauben nach den gemachten Streikerfahrungen heute weniger als je, daß ohne einen ausreichenden Erfolg für das erloschene Sozialistengesetz der Staat dieser Pflicht gegen sich selbst und die friedliebende Bevölkerung entsprechen kann und daß die leitenden Staatsmänner eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie noch länger zögern, die Initiative in dieser Richtung zu ergreifen. Der Kaiser selbst hat seinen Willen doch oft genug bekundet. Weßhalb unterbleibt die Ausführung? —

— **Sonderbare Heilige** sind die Anarchisten. Sie nennen sich Antiparlamentarier, sie bereichern die Sprache mit Kraftausdrücken, wenn sie die Verhöhnung der Arbeiter an den Wahlen besprechen, trotzdem nehmen sie in letzter Zeit die sonderbare Gewohnheit an, der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie Aufträge zu erteilen, ihr Verhalten als zu lau zu bezeichnen und anderes dergleichen. Sind die Herren von ihrem Parlamentsschloß gefehlt oder wollen sie einen neuen Beweis dafür erbringen, daß ihr einziges Prinzip die Prinzipienlosigkeit ist? —

— **Wer trägt die Schuld**, daß in Berlin das Salz theurer ist als in der Provinz? Unter dieser Spitzmarke haben wir in der letzten Nummer nach der „Voss. Ztg.“ eine Notiz gebracht. Heute schreibt die „Voss. Ztg.“:

Die Herren Bahr u. Jitzelmann, Depositar der Igl. Salinen-direktion zu Elnedurg, Berlin NW., Scharnhorststr. 41, theilen uns zu dem Eingekand in unserer letzten Sonntagsnummer über die hohen Salzpreise in Berlin mit, daß die vom Einsender gegebene Darstellung nicht den Thatfachen entspreche. Insbesondere sei die Behauptung, daß ein Sach Salz mit 62½ Kilogramm Inhalt hier zwei Mark theurer sei als in der Provinz, nicht richtig. Die Herren Bahr u. Jitzelmann belegen diese Erklärung rechnerisch mit Zahlen.

— **Sehr verspätetes Dementi.** Zu dem Zweikampf zwischen dem Legationssekretär von Wangenheim und dem Grafen Werkill in der Weihnachtswache schreibt der „Staats-Anzeiger“: „In einzelnen Blättern findet sich die Mittheilung, es sei in dem vielbesprochenen im vorigen Monat stattgehabten Duell ein am Thotot erschienener Landjäger bei dem Versuch, den Zweikampf zu verhindern, von den bei demselben anwesend gewesenen höheren Offizieren mit dem Bemerkten zurückgewiesen worden, daß sie die Verantwortung für das Geschehene übernehmen. Diese Mittheilung entbehrt nach dem Ergebnisse der angestellten amtlichen Erhebungen jeder Thatfächlichen Grundlage.“

Oesterreich.

— **Der Staatsvoranschlag** für das Jahr 1897 ist vom willigen Abgeordnetenhause dem Grafen Wadeni bewilligt, der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. Am Ende der Woche soll der Reichsrath aufgelöst werden, im März sollen die Wahlen stattfinden, im April soll das neue Abgeordnetenhause zusammentreten. Die Wahlbewegung ist im vollen Gange. Unsere Genossen waren belanlich die ersten am Kampfplatze. —

Wien, 20. Januar. Das Abgeordnetenhause nahm in namentlicher Abstimmung mit 149 gegen 47 Stimmen den Antrag des Budgetausschusses auf Aufhebung des Zeitungstempels an; danach soll die Stempelpflicht für die höchstens dreimal wöchentlich erscheinenden Zeitungen mit dem 1. März d. J., für alle anderen Zeitungen mit dem 1. Januar 1898 aufhören. Finanzminister Dr. v. Bilinski erklärte, die Regierung sei grundsätzlich mit der Aufhebung des Zeitungstempels einverstanden, könne jedoch aus fiskalischen Gründen der Aufhebung nicht bestimmen, solange nicht ein Ersatz für den Ausfall an Staatseinnahmen gefunden sei. Die Reform werde, wenn nicht mit diesem Hause, so doch in verhältnismäßig kurzer Zeit zu stande kommen. —

Frankreich.

— **Die französischen Sozialisten** haben die wichtigste ihrer bisherigen Tageszeitungen: die „Petite Republique“ verloren. Die von uns schon erwähnten Differenzen zwischen Redaktion und Eigenthümern haben endgültig zum Bruch geführt. Da seitens der Eigenthümer nicht die erforderlichen Garantien der Freiheit für die Redaktion gegeben wurden, so treten heute sämtliche Redakteure zurück. Die „Petite Republique“ wird von nun an eine andere Richtung verfolgen. Unsere Genossen hoffen bald ein selbständiges Organ gründen zu können. Wir dächten, der französische Sozialismus hätte es nicht nöthig, sich bei Bourgeois-Aktionären einen Unterschlupf zu suchen. Und lieber kein Tagesblatt in Paris, als eins auf Kündigung, — und in Abhängigkeit von Bourgeois-Launen. —

— **Einen bedeutungsvollen Wahlerfolg** hatten unsere Väter Genossen vorlehten Sonntag wieder zu verzeichnen. Es handelte sich um Ergänzungswahlen zur Gemeindevetretung. Während unsere Kandidaten bei den gleichen Wahlen am 3. Mai vorigen Jahres 10 001 Stimmen erhielten, erhielten sie am 17. Januar dieses Jahres 11 035 Stimmen. Troß aller Aufbegehren, Förderung durch die Regierung, Pfaffenbeeinflussung, Geldspenden, Anstacheln des Chauvinismus macht der Sozialismus im industriellen Nordfrankreich unaufhaltsame Fortschritte. —

Belgien.

Brüssel, 20. Januar. In der Kammer fand heute die Verhandlung über das neue Fremden-Gesetz statt, das von den Sozialisten lebhaft bekämpft wurde. Der Justizminister betonte die Nothwendigkeit, mit der ein strenges Fremden-Gesetz zu handhaben sei, da die Regierung nicht dulden könne, daß Belgien der Sammelpunkt der Anarchisten werde, die gegen ihre Regierungen konspirieren. Der Minister machte Ausstellungen auf den Verkauf gefälschter Butter durch die sozialistischen Konsumvereine in Gent. Da indessen die Untersuchung noch im Gange ist, wurde der Justizminister von den sozialistischen Abgeordneten zur Ordnung gerufen, worauf der Minister die Worte theilweise zurücknahm und von den Sozialisten unter ungeheurerem Lärm feige und chelos genannt wurde.

Niederlande.

Amsterdamb, 20. Januar. (Frankfurter Zeitung.) Laut einer Zeitungsmeldung hat der Staatsrath den Entwurf der Regierung betreffend die Unfallversicherung nahezu einstimmig abgelehnt. Wahrscheinlich wird der Entwurf trotzdem eingebracht.

England.

London, 20. Januar. Das Unterhaus setzte die Adressdebatten fort. Patrick O'Brien stellte einen Unterantrag zu Gunsten der Begnadigung der im Gefängnisse sitzenden irischen Dynamitarden, welcher mit 204 gegen 132 Stimmen abgelehnt wurde. Im Laufe der Debatte hatte sich der Staatssekretär Sir M. W. Ridley gegen die Begnadigung ausgesprochen.

London, 20. Januar. Der Fenier Bell plädierte vor den Geschworenen für seine Unschuld; insollgedessen werden alle Belastungszeugen vorgeladen und er selbst einen neuen Verhör unterzogen werden. Sein Verteidiger hat das Schwurgericht zu überzeugen gewünscht, daß Bell nur wegen der in England verübten Verbrechen abgeurteilt werden kann. Die Anklage behauptet, Bell habe bedeutende Mengen Sprengstoffe gekauft, um damit eine ganze Reihe von Attentaten in England und Schottland auszuführen. Dies geht deutlich aus der beschlagnahmten Korrespondenz Bell's mit Tynan, Kearney und Patric hervor.

Im weiteren Verlauf des Prozesses Bell zog der Generalstaatsanwalt die Anklage zurück, da nicht erwiesen sei, daß Bell von der Niederlage von Explosivstoffen in dem Hause in Antwerpen Kenntniß gehabt habe. Hierauf erfolgte die Freisprechung des Angeklagten.

Somit ist die schlimmernde, riesige Polizeiblaste, die die bürgerliche Welt in Schreden setzen sollte, elendiglich geplatzt. Die französische, belgische, holländische und nun endlich auch die englische Polizei, die Urheberin des ganzen Schwindels, mußten der Reihe nach zugestehen, daß hinter all' den furchterlichen Attentats-Mären nichts steckt. Was sagen nun die deutschen Zeitungen, die vor wenigen Monaten noch aus den Polizeiphantastereien Kapital für ihre Ausnahmegericht-Politik schlagen wollten?

Der Jar ist nun wieder unter dem Schutze seiner eigenen Polizei, den auswärtigen Polizeien ist der Alp von der Brust genommen, daß Väterchen unter ihrem Schutze Opfer eines Attentats werden könnte. So konnte nun der letzte Akt der Polizeitragikomödie enden, die keinen anderen Zweck hatte, als der Polizei ungemessene, in den Gesezen nirgends begründete Machtvollkommenheiten einzuräumen.

Italien.

Rom, 20. Januar. Der König hat dem Ministerrathsbeschlusse betreffend die Kammerauflösung zugestimmt.

Rom, 20. Januar. Die Kriegsschädigung, welche dem Könige Menelik zu bewilligen ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach 6 Millionen Lire übersteigen, also das Doppelte der von Rudini geschätzten Summe betragen.

Rom, 20. Januar. Die letzten Meldungen aus Erythrea lauten äußerst bedrohlich. Die Derwische beabsichtigen ansehnlich, Agordat, Keran und Amara zu umgeben und direkt auf Massana zu marschieren. Man glaubt allgemein, Ras Alula sei mit den Derwischen im Einverständnis, und er werde von Süden her einen Einfall ausführen.

Schweden.

Staatsvoranschlag. Das dem heute eröffneten Reichstage vorgelegte Budget weist an Ausgaben 119 Millionen Kronen, d. i. 7 1/2 Millionen Kronen mehr auf, als das vorjährige Budget. Die Einnahmen sind auf 102 Millionen Kronen veranschlagt. Das Defizit wird durch den Ueberschuß früherer Jahre (14 Millionen) und durch den Ueberschuß der Reichsbank (3 Millionen) gedeckt. Das Heeresbudget ist mit 33 1/2 Mill. (gegen das vorjährige Budget um 3/4 Millionen höher), das Marinebudget mit 14 Millionen (1 Million höher) bedacht. Die Erhöhung des Budgets ist hauptsächlich durch Forderungen für Beschaffung von Gewehren, für die Befestigungen von Gothenburg, von Ober-Norrland bei dem Bahnhauptpunkt Boden, von Bagholm und von Oscar-Fredrikshorg, ferner durch Forderungen für die Intendantur und für die Beschaffung von Mobilisirungs-Ammunition verursacht.

Rußland.

Petersburg, 20. Januar. Zum Oberingenieur der chinesischen Ostbahn wurde Jugowitsch ernannt, welcher sich vertragsmäßig verpflichtete, die Bahn binnen fünf Jahren fertig zu stellen.

Zur Streikbewegung wird der „Kön. Jg.“ aus St. Petersburg gemeldet: Es verlautete schon in voriger Woche, daß auf einigen Petersburger Fabriken die Arbeiter unzufrieden wären und zum abermaligen Ausstand fest entschlossen seien. Auch sollen schon Ende voriger Woche die betreffenden Fabrikleiter zum Finanzminister zur Besprechung darüber berufen gewesen sein, wie man einem Ausstande vorbeugen sollte. Als recht unzufrieden werden, wie schon im Jahre 1896, die Arbeiter in der kaiserlichen Gewerksfabrik zu Sestrowsk genannt.

Einen Eingriff in die Rechte und in die Administration der russischen Universitäten plant das russische Ministerium für Volksaufklärung. Dasselbe hat, ausgeht der Ueberfüllung der Universitäten in den beiden Residenzen (Petersburg und Moskau) bei einer verhältnismäßig geringen Frequenz der Hochschulen in den Provinzstädten, ein Projekt ausgearbeitet, welches die Vertheilung der Studierenden auf die verschiedenen Universitäten regulieren soll. Dieses Projekt wurde im Sommer dieses Jahres sämtlichen Universitäten zur Begutachtung gesandt und gegenwärtig liegen bereits einige Meinungsäußerungen vor. So hat sich z. B. der Senat der Petersburger Universität kategorisch gegen alle Zwangsmaßnahmen in dieser Angelegenheit ausgesprochen und gleichzeitig darauf hingewiesen, daß diese Hochschule vornehmlich von den Abiturienten der mittleren Lehranstalten des Petersburger Lehrbezirks bezogen wird, während der Zugang junger Leute aus anderen Lehrbezirken gegenwärtig nur in beschränktem Maße stattfindet.

Asien.

Die Insel Formosa fiel den Japanern nach dem Kriege mit China als Siegespreis zu — was sie sich sonst erobert hatten, wurde ihnen durch den famosen russisch-deutsch-französischen Bund wieder abgejagt. Von russischer und chinesischer Seite wurde jedoch alles aufgeboten, um auch Formosa den Japanern wieder zu entreißen. Ueberall brachen Aufstände aus mit russischen Offizieren an der Spitze. Die Japaner ließen aber nicht los; sie gewannen die Masse der Einwohner durch Reformen und warfen den Aufstand allmählig nieder. Jetzt wird gemeldet, daß die noch übrigen Streikkräfte der „Rebellen“ sich unterworfen haben. Formosa hat eine Bevölkerung von über drei Millionen, bildet also einen ziemlich gewachsenen Staat für Japan.

Reichstag.

157. Sitzung vom 20. Januar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher, Graf v. Posadowsky.

Die Interpellation der Abgg. Hahn und Genossen lautet: Gedenkt der Herr Reichskanzler demnächst den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung zu veranlassen, durch welche der Entwurf neuer auf den Vorschlägen der internationalen Schiffsabstufungskonferenz zu Washington im Jahre 1889 beruhenden Vorschriften zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See ohne den von der Lichterführung der Fischerfahrzeuge handelnden Artikel 9, aber mit dem den Fischdampfern das Wegerecht aberkennenden Artikel 26 zum 1. Juli d. J. für das Deutsche Reich in Kraft gesetzt wird? Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um die aus der Durchführung des Artikels 26 sich naturgemäß ergebenden Gefahren für die Dampf-Seefischerei und die gesammte Seeschiffahrt sowie die daraus entstehende allgemeine Unsicherheit im Seeverkehr zu beseitigen?

Staatssekretär v. Bötticher erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Abg. Dr. Hahn (wildl.): Die Verhältnisse der Hochsee-Fischerei sind den Delegirten in Washington durchaus unbekannt gewesen; das hatten sie selbst zugegeben. Besonders kannten sie das bestehende Gewohnheitsrecht nicht, wonach den ruhenden und den arbeitenden Dampfern das Wegerecht zusteht. Die Dampfschleppnetzfischer fahren mit einer Höchstgeschwindigkeit von 5 km, im allgemeinen aber nur durchschnittlich von 2 1/2 Kilometern in der Stunde. Auf die internationale Regelung wird Werth gelegt, deshalb sollte diese Frage gesondert geregelt und § 26 vorläufig nicht in Kraft gesetzt werden. Dem auswärtigen Amte dürfte es leicht sein, zwischen den Nordsee-Staaten eine Verständigung herbeizuführen. Bis das geschehen ist, sollte man es bei dem bestehenden Zustand belassen. Die englischen Interessenten wehren sich auch gegen Artikel 26. Es würde ein Ruhmestitel für Deutschland sein, wenn es in dieser Frage muthig vorangehen wollte.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Versuch zu einer Wahrung der Interessen der Fischdampfer ist gemacht und energisch gefördert, aber wie immer bei internationalen Regelungen ist das Ziel nicht so schnell zu erreichen. Einigkeit besteht darin, daß alle reisenden Schiffe den Fischdampfern ausweichen sollen, aber es ist nicht gelungen, dieses bisherige Gewohnheitsrecht schriftlich zu fixiren in einem internationalen Vertrage. Die Rechtsprechung erkennt dieses Gewohnheitsrecht nicht an. Deutschland kann es wohl darauf ankommen lassen, den Artikel 26 nicht einzuführen; allein ein solcher Rechtszustand schädigt die deutsche Fischerei, denn das gerichtliche Urtheil wird damit nicht aus der Welt geschafft werden. Ein solcher Zustand wäre unhaltbar. Deshalb sind wir entschlossen, auch den Art. 26 einzuführen. Zu einer Aenderung werden wir unverzüglich die Anregung geben. Die Zeit bis zum 1. Juli wird ausreichen zur Erlangung der Sicherheit darüber, ob ein Einverständnis erzielt werden kann.

Auf Antrag des Abg. v. Langen (l.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Frese (rs. Vg.): Die Einführung des Art. 26 würde die Gefahr von Zusammenstoßen fördern. Die Fischdampfer sind weniger manövrierfähig als die Segler. Ich hoffe, daß die Regierung den Wünschen der Interessenten Rechnung tragen wird.

Abg. v. Langen schließt sich den Ausführungen des Abg. Hahn an. Das Vertrauen habe ich nicht, daß bis zum 1. Juli unsere Diplomatie eine Vereinbarung erzielt wird, nachdem sie seit 1889 nichts erreicht hat.

Staatssekretär v. Bötticher: Auf den Wunsch der englischen Regierung soll Art. 26 mit publizirt werden, um eine Rechtsverschiedenheit, die zum Nachtheile der deutschen Fischerei führen müßte, zu verhindern. Bezüglich des Art. 9 sind alle Staaten einverstanden wegen der Nichterführung, in bezug auf Art. 26 steht Deutschland allein.

Abg. Jepsen (natl.) befürwortet eine Konferenz der nicht-betheiligten Staaten, die die Artikel der Washingtoner Beschlüsse, sofern sie das Wegerecht der Fischereidampfer betreffen, den Bedürfnissen entsprechend modifiziren sollten.

Abg. Vielhaben (Reform-P.) kritizirt die Behandlung der vorliegenden Frage seitens des deutschen Vertreters in Washington.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Reform-P.): Durch die Rechtsprechung wird wohl erzwungen werden können, daß die fremden Schiffe in deutschen Gewässern das deutsche Recht beachten. Unsere Segler werden keinen Nachtheil davon haben, wenn ihnen in fremden Gewässern die Fischdampfer ausweichen. Man sollte nicht vergessen, daß die Fischereiflotte 1500 seerfährende Raumschiffe für unsere Kriegsstotte beschäftigt. (Zustimmung rechts.) Die gesammten Interessenten und der gesammte Reichstag sind anderer Meinung als die Regierungen.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Verlauf der Verhandlungen in Washington führte dazu, auch für die Fischerfahrzeuge das Wegerecht zu regeln, die einen nicht kleinen Theil der Fahrzeugflotte bilden. Es wurde festgestellt, daß ein geschicktes Recht für die Fischerfahrzeuge nicht besteht. Ausweichen zu können ist jedes Fischerfahrzeug im Stande, allerdings manchmal nur auf Kosten des Verlustes des Netzes. (Hört, hört! rechts.) Die Regierung hat sich auch vom ersten Tage an auf den Standpunkt gestellt, daß Art. 26 nicht das richtige treffe. Aber bei internationalen Verhandlungen gelingt es nicht immer, die eigene Auffassung zur Anerkennung zu bringen, namentlich wenn man der anderen Meinung aller anderen Staaten gegenübersteht.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Frese, Vielhaben und

Geheimrath v. Jonquieres darauf hin, daß die Konferenzbeschlüsse bisher in Kraft gesetzt seien einschließlich des Artikels 26 in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Oesterreich, Italien, Rußland, Spanien, Dänemark, Chile, Mexiko, Portorico, Peru, Costa Rica, Niederlande, Schweden, Norwegen und Griechenland. Ein einzelner Staat kann demgegenüber nicht ein von dem internationalen Wege recht abweichendes besonderes Wegerecht aufrecht erhalten. Es fehlt nur noch die deutsche Verordnung, und wenn diese erlassen ist, würde die englische Regierung an ihr Versprechen erinnert werden können, der Frage des Artikels 9 und des Artikels 26 näher zu treten.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Die Interpellation ist damit erledigt.

Die Berathung des Etats des Reichs-Schatzamt's wird fortgesetzt beim Gehalte des Staatssekretärs.

Abg. v. Stumm (Rp.) fragt an, ob die Nachricht, daß der Bundesrath einstimmig den Quebrachzoll abgelehnt habe, richtig sei.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Bundesrath hat beschlossen, den Zoll auf Quebrachholz nicht einzuführen. (Beifall links.) Ein Zoll auf Gerberlöthe kann während der Dauer der Handelsverträge nicht eingeführt werden, ganz abgesehen von den bedenklichen wirtschaftlichen Folgen. Die Schnelgerber können das viel Material ersparende Quebrach nicht entbehren ohne große Schädigung ihres Betriebes. Denn die jetzige Lederindustrie würde einen erheblichen Zoll auf Gerbstoff nicht aushalten können.

Darauf wird um 5 1/2 Uhr die weitere Berathung bis

Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Die einmaligen Ausgaben für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen (Reichs-Eisenbahnen) rufen längere Erörterungen hervor. Es handelt sich um eine Reihe von Forderungen für Nebenbahnen und einige kurze Linien vollspuriger zweigleisiger Hauptbahnen, und zwar werden dafür zunächst in Summa 4650 000 M. gefordert. Für eine Anzahl dieser Linien leistet Elsaß-Lothringen Zuschüsse aus Landesmitteln. Die Forderung für die zweigleisige vollspurige Hauptbahn von Busendorf nach Dillingen, für die zunächst

1 000 000 M. gefordert werden und die im ganzen 8 631 000 M. kosten soll, wird mehrseitig beanstandet. Die Besitzer der Dillingen-Hütte (Gebr. Stumm) haben ein lebhaftes Interesse an dem Zustandekommen der Bahn, aber der von ihnen und den übrigen Interessenten geleistete Zuschuß ist so gering, daß man denselben allgemein für zu niedrig findet. An der Debatte betheiligen sich außer dem Referenten, Abg. Bachnick, der Ablehnung der Forderung beantragt, die Abgeordneten Müller-Schulda, Webel, v. Podbielsky, v. Leipzig, Prinz Arenberg, und nächst dem Staatssekretär v. Posadowsky mehrere Regierungskommissare. Die Forderung wird nach langer Debatte mit großer Mehrheit gestrichen.

Die übrigen Forderungen werden bewilligt. Die zum Eisenbahnetat eingegangenen Petitionen und Gehalts-Erhöhungen sollen bei der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter erörtert werden.

Die Kommission geht zur Berathung des Pensionsetats über. Referent Abg. v. Güttingen. Abg. Vieber: Das Anwachsen des Pensionsetats sei besorgniserregend; es würden offenbar viele noch diensttätige Offiziere pensionirt. Die beabsichtigte Erhöhung der Gehälter der Offiziere würde weiter steigend auf die Ausgaben wirken. Ob das Reichs-Schatzamt bereits sich klar sei, in welcher Weise diese Gehalts-Erhöhung auf den Pensionsetats wirke. Der Kriegsminister erklärt, er habe sich bei Antritt seiner Stellung genau über den Zustand der Pensionsetats-Verhältnisse informirt, er habe die Verhältnisse günstiger gefunden, als er selbst geglaubt habe. Die Ausgaben seien hauptsächlich gesteigert worden durch die Meeresverlängerung, die Erhöhung der Pensionen, die größere Fürsorge für die Hinterlassenen. Der Kriegsminister giebt eine Reihe Zahlen, die beweisen sollen, daß das Reich sich in bezug auf die Pensionirung der Offiziere in seinen normalen Verhältnissen befinde, auch seien die Pensionirungen in den anderen Ressorts der Reichs- und Staatsverwaltung zahlreicher. Die Mehrkosten im Falle der Erhöhung der Gehälter berechnet er im ersten Jahre auf 112 000 M., im 5. Jahre auf 160 000 M., im 10. Jahre auf 1 220 000 M. und im 17. Jahre, dem Beharrungszustand 1 804 000 M. Abg. Webel: Er sei nicht gewillt, die Sache hier in unangenehmer Weise zur Sprache zu bringen, müßte das im Plenum geschehen. Bisher habe das Plenum den von allen Seiten getadelten Zustand noch viel zu wenig erörtert. Er betrachte die Verhältnisse aus anderen Gesichtspunkten. Es beständen in bezug auf Pensionen in der Militärverwaltung andere Grundsätze als in der Zivilverwaltung. Ein Offizier, der bei dem Avancement übergegangen werde, sei genöthigt seinen Abschied zu nehmen, das komme nirgends sonst vor. Habe er aber den Abschied erhalten, so frage man ihn, ob er im Falle der Mobilmachung bereit sei, wieder in die Armee einzutreten. Das sei ein seltsamer Widerspruch. Daß in den letzten Jahren weniger Generale pensionirt wurden, liege wohl daran, daß man vor einer Reihe von Jahren große Pensionsschilde an Generalen vorgenommen wurden. Die Vergleiche mit anderen Ländern hinken, dort seien ganz andere Verhältnisse in betracht zu ziehen; andere Gehälter, andere Lebensbeziehungen, eine andere Gesetzgebung. Auch mit den Pensionen in der Zivilverwaltung könne kein Vergleich angestellt werden, weil ganz andere Verhältnisse vorhanden seien. Auffallend sei, daß auch in der Marine die Pensionirungen einen ungewöhnlichen Anstieg angenommen hätten. Der Reichstag müsse einmal in Form eines Beschlusses seiner Meinung scharfen Ausdruck geben. Der Kriegsminister meint, die Behauptungen des Referenten beruhten auf mangelhaften Grundlagen, er habe keine Thatsachen angeführt. Die pensionirten Offiziere würden im Kriegsfall in anderen Stellungen beschäftigt, als vordem in der Armee. Ein Zwang, eine Pensionirung nachzusuchen, im Falle man im Avancement übergegangen werde, sei nicht vorhanden.

Die Kommission vertagt hierauf die Verhandlung auf Freitag Vormittag.

Die Lohnschwindelereien im Baugewerbe wurden seitens des Reichstages in der Sitzung der Kommission zur Vorberathung des Zwangsversteigerungsgesetzes etwas beleuchtet. Es hatten die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommission (Genossen Stadthagen und Stoffe) beantragt: bei Subhastation eines Gebäudes sollen auch die nicht eingetragenen Ansprüche vorweg berichtigt werden, die auf Lohn, Kostgeld und andere Bezüge wegen der laufenden und der aus dem letzten Jahre rückständigen Beträge derjenigen Arbeiter zustehen, welche das Gebäude errichtet oder Reparaturen an demselben ausgeführt haben, soweit zur Zeit der Subhastation der Werth des Gebäudes durch die Arbeit sich erhöht hat. Die Antragsteller führten an: Der vorliegende Antrag sei nicht dazu bestimmt, die gesammte Bau- und Holzindustrie zu regeln. Er wolle lediglich für die Fälle einer Subhastation dem ungeheuerlichen Zustand ein Ende machen, daß der Arbeiter, zu dem auch der Handwerksmeister gehört, mit seiner Lohnforderung ausfällt, während ein dritter sich ohne Entgelt die Erzeugnisse seiner Arbeitskraft aneignet. Es soll danach dem Arbeiter nicht nur ein dazwischen geschobener Strohmännchen, sondern auch der harten, der den wirtschaftlichen Nutzen von der Arbeit des Arbeiters und Handwerkers hat. Dieser Grundsatz sollte unser gesammtes Zivilrecht beherrschen. Bringend notwendig sei, den Mißständen, insbesondere in großen Städten, gegenüber die im Antrag aufgestellte maßvolle Forderung. Sie deckt sich mit ähnlichen Anträgen von Interessenten und steht auch auf dem Boden des vom Reichstag im Jahre 1894 in der Konkursordnungs-Kommission vorgeschlagenen Beschlusses. Weid' Blüthen der Bau- und Holzindustrie treibe, ergebe sich u. a. daraus, daß z. B. in Berlin im Jahre 1890: 133, 1891: 242, 1892: 356, 1893: 371, in Hamburg im Jahre 1890: 154, 1891: 240 Neubauten subhastirt worden sind. Der Schwindel, der mit Strohmännern auf dem Gebiete des Bauwesens getrieben wird, sei offenkundig. Auf 10 Baunternehmer sollen in Berlin mindestens je ein gewerksmäßiger Bau- und Holzschwindler. So ergibt sich aus den Rechnungsbüchern der nordöstlichen Bau-Vereinsgenossenschaft, daß im Jahre 1893 5102 versicherungspflichtige Betriebe vorhanden waren, daß aber bei nicht weniger als 434 Baunternehmern die Beiträge wegen Truchlosigkeit der Zwangsversteigerung nicht beigetragen worden konnten. Im Jahre 1894 war die Zahl der von der Bauersinnungsvereinschaft fruchtlos heimgesuchten Baunternehmer 544, während insgesammt 5793 Betriebe bestanden. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß die Verpfehlung ein Gewerbe geworden sei, bei dem allerlei Strohmänner zwischen den Kapitalisten und den Arbeiter geschoben würden: die Kosten habe der Arbeiter zu tragen. Was heißt der Einwand „Der Realcredit würde gefährdet“ bei dieser Sachlage anders als: der Bau- und Holzschwindel, das arbeitslose Einkommen müsse zu ungunsten der ehrlichen Arbeit geschätzt werden. Seitens der Regierungen wurde Ablehnung des Antrags Stadthagen beantragt. Derselbe schneide ein Gebiet an, das dringend und reformbedürftig sei. Aber der vom Antrag eingeschlagene Weg würde den Realcredit erschüttern, § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches lasse übrigens unzweifelhaft ein Zugriff solcher Kapitalisten und Banken, die sich Strohmänner bedienten, zu. Nach § 226 machen Beträge, die gegen die gute Sitte verstoßen, Schadenerschaftspflichtig. Daraus rechnen, wie seinerzeit auf Anregung der Sozialdemokraten im Bericht Konstatirt ist, auch die Strohmännereinkünfte. Die Reichsregierung halte das Bau- und Holzschwindelgebiet unangeseht im Auge. Zu einer definitiven Lösung seien die Beratungen allerdings noch nicht geblieben. Die Abgeordneten Hofmann-Dillenburg (natl.), v. Gumbel (natl.), Schmitt und Spahn (Z.) anerkannten sämtlich, daß der sozialdemokratische Antrag ein Gebiet anschnide, das dringend reformbedürftig sei. Der Antrag würde aber den Realcredit schwer schädigen und sei deshalb nicht annehmbar. Auch der Abg. Jacobsdötter (l.) erklärte sich gegen den Antrag und zeigte damit den Handwerker, die er angeblich vertritt, klar, ob es zweierlei ist, außerhalb des Parlaments für etwas, im Parlament gegen dasselbe zu sprechen. Der Antrag fiel mit allen gegen die beiden sozialdemokratischen Stimmen. Er wird wohl im Plenum wiederkehren.

Partei-Nachrichten.

An die Parteigenossen des Torgau-Liebenwerdaer Reichstags-Wahlkreises.

Infolge des Todes des bisherigen Vertreters unseres Kreises werden wir abermals berufen, an die Wahlurne zu treten. Da nun über den ganzen Wahlkreis eine allgemeine und geregelte Agitation eingeleitet werden muß, um unserer Partei möglichst viele Stimmen zu verschaffen, brauchen wir Verbindung im Kreise. Diese fehlt uns noch und soll durch diesen Aufruf hergestellt werden. Genossen, welche mit uns arbeiten wollen, werden hiermit aufgefordert, ungekündet ihre Adresse an den Vertrauensmann E. Kieckich, Schneidermeister in Torgau, gelangen zu lassen. Ueber die Kandidatenfrage haben wir uns hier am Orte dahin verständigt, unsere Kandidaten von der letzten Wahl, Genossen Konr. Müller, Buchdruckereibesitzer in Schleuditz, aufzustellen. Alles übrige wird später brieflich geregelt. Vorwärts, auf zum Kampf!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des Torgau-Liebenwerdaer Wahlkreises.

Von der Agitation. Reichstags-Abgeordneter Liebknecht wird, auf Ersuchen der holländischen Parteigenossen, in der Zeit vom 25. bis 30. Januar in den niederländischen Universitätsstädten Vorträge für die Studenten halten, und zwar am 25. Januar in Delft, am 26. in Amsterdam, am 28. in Utrecht, am 29. in Leiden und am 30. Januar in Groningen.

Ein russisches Arbeiterblatt unter dem Titel „Listo Rabotnika“ wird gegenwärtig in der Schweiz herausgegeben von dem „Bunde der russischen Sozialdemokraten“, der Organisation, die von Axelrod und Plechanow gegründet, die organisierten Arbeiter Rußlands im Auslande vertritt. Das vorläufig nicht periodisch erscheinende Blatt hat zum Zwecke, den russischen Arbeitern eine Uebersicht über die Arbeiterbewegung im Auslande und in verschiedenen Gegenden von Rußland selbst zu geben. Die Nr. 1 und 2 enthalten Mittheilungen über die Arbeiterbewegung in den verschiedensten Theilen Rußlands, die erfreuliches Zeugnis davon ablegen, daß die Energie der russischen Arbeiter in dem zielbewußten, planmäßigen Kampfe um die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen überall in stetigem Wachsthum begriffen ist. Möge es dem neuen Arbeiterblatte gelingen, beizutragen zur Stärkung der russischen Arbeiter in dem Bewußtsein des Zusammenhanges ihrer Kämpfe mit dem großen Befreiungskampfe, den die Arbeiterschaft in der ganzen zivilisirten Welt führt!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gegen die Freisprechung des Pastors Morgenshagen in Hombruch-Barop hatte Genosse Bunte in Dortmund als Privatkläger Berufung eingelegt; diese wurde aber vom dortigen Landgericht kostenpflichtig verworfen. Bekanntlich hatte der Pastor, als bei einer Kindtaufe die Kirche angegriffen worden war, sich damit revanchiert, daß er dem Genossen Bunte, der gar nicht zugegen, also an dem Angriff auf die Kirche ganz unschuldig war, nachsagte, er habe eine Unterschlagung begangen, welche Äußerung er indessen nachher wieder zurücknahm. Das Landgericht sprach dem Pastor den Schuß des § 193 zu und erklärte, daß die fünf Personen, in deren Gegenwart die Äußerung gegen Bunte gefallen ist, nicht ohne weiteres eine Oeffentlichkeit darstellen. Im übrigen sei es gerichtlich, daß Bunte keine Unterschlagung begangen hat. Dars er etwa deshalb straflos verurtheilt werden?

— Oberdirektor Verkeimer ist mit einer Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“, Genossen Theiß in Dortmund, abermals abgewiesen worden.

— Wegen Beleidigung des preussischen Offizierskorps, begangen durch einen Artikel über den Fall Bräufewitz, wurde Genosse Alex. Lätjens, der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Volks- und Arbeiter-Zeitung“, vom Landgericht in Kiel zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate beantragt. Der Gerichtshof zog die allgemeine Erregung, die über das Verbrechen des Bräufewitz im deutschen Volke herrscht, als strafmildernd in betracht. Der Strafentwurf war vom Kriegsminister gestellt.

Gewerkschaftliches.

Zugung von Arbeitern nach Hamburg ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegung aufs strengste fernzuhalten! Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbureau (R. Millarg, Berlin S., Annenstr. 16.)

Herr J. Biendorf in Berlin, Stallschreiberstr. 18, ersucht uns — in Beziehung auf die in Nr. 15 des „Vorwärts“ vom 19. Jan. veröffentlichte Bekanntmachung des Berliner Metallarbeiterverbandes — berichtend mitzutheilen, es sei unklar, daß seine Gesellen wegen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt hätten. Er habe die Gesellen entlassen, ohne daß vorher oder nachher von Arbeitsverhältnissen gesprochen worden sei. Von einer Lohnreduktion sei also keine Rede.

Nachklänge vom Streik der Lithographen und Stein-drucker Berlins. Man schreibt uns:

Beim Abschluß des Streiks wurde der beauftragte Siebener-Kommission, sowie dem Herrn Oberlieutenant a. D. v. Egidy als Vertretern der Lithographen, von Seiten der „Chromolithographischen Vereinigung“ der Prinzipale das ausdrückliche Versprechen gegeben: Maßregelungen sollen nicht stattfinden und der Bedarf an Arbeitskräften soll den Ausstehenden entnommen werden. Dieses Versprechen ist von verschiedenen Prinzipalen nicht gehalten worden. Besonders hervorgehoben haben sich hierin die Firmen Wilhelm Böhme, Reichendergerstr. 158, und Littauer u. Woyzen, Stallschreiberstr. 104. Auf verschiedene Vorstellungen bei Herrn Dr. Gerschel (Firma Hagelberg), der allgemein als die Seele der Chromolithographischen Vereinigung gilt, wurde der Siebener-Kommission sowie Herrn v. Egidy bedeutet, daß sich in dieser Sache deshalb nichts mehr machen lasse, weil sich die Kommission der Prinzipale bereits aufgelöst habe. Da nun der Fabrikanten-Ring unter dem Vorhitz des Herrn Hellriegel, Kochstraße, weiterbesteht, so richten wir hiermit an Herrn Hellriegel die öffentliche Anfrage:

Werden die Prinzipale, die ihr Versprechen nicht hielten und damit doch gegen einen Beschluß der chromolithographischen Vereinigung verstoßen haben, aus derselben ausgeschlossen? oder ist der Prinzipal-Ring mit dem Verhalten seiner Mitglieder einverstanden?

Zu der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsteuente und Apotheker in Berlin ist Montag, den 25. Januar die Delegirtenwahl für diejenigen Mitglieder, die rechts der Spree in einem Arbeitsverhältnis stehen, beendigt. Das Wahllokal im Handwerker-Saal, Sophienstr. 14, und für die Mitglieder links der Spree in der Ressource, Kommandantenstr. 56. In dem ersten Lokal beginnt die Liste der organisierten Arbeiter mit dem Namen Karl Albold und in dem zweiten Lokal mit dem Namen Friedrich Wendt. Als Legitimation dient das Quittungsbuch, versehen mit einer Bescheinigung des Arbeitgebers, daß der betreffende bei ihm im Arbeitsverhältnis steht. Auch im Kassenlokal wird die gleiche Bescheinigung ausgestellt. Der Wahlakt beginnt pünktlich 9 1/2 Uhr. Späterkommende haben keinen Zutritt, mithin ist den Mitgliedern rechtzeitiges Erscheinen dringend zu empfehlen.

J. A. Aug. Berner.

Bei der Wahl der Delegirten zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte u. Berlin's beschäftigten Personen siegte in der Abtheilung der Angestellten der Anwaltsbetriebe die vom Zentral-Berein der Bureau-Angestellten Deutschlands aufgestellte Delegirtenliste mit 70 Stimmen gegen die Liste des bisherigen Kassenvorstandes, die 47 Stimmen auf sich vereinigte.

Aus Weiskensfeld wird uns geschrieben: Im Stand des Schumacherstreiks ist keine bemerkenswerthe Veränderung eingetreten. Die Arbeiter halten fest zusammen, gleichviel ob sie dem Verein deutscher Schuhmacher oder dem Pirsch-Dandrich'schen Gewerksverein oder gar keiner Organisation angehören. Streikbrecher kommen nur sehr vereinzelt vor. Verschiedene der lebigen Streikenden haben auswärts Arbeit bekommen und sind abgereist. Der Versuch einzelner Fabrikanten, die Arbeiter von der Masse abzutrennen zu machen, ist gescheitert.

Von anderer Seite wird uns mitgeteilt: Die Hoffnung der Fabrikanten, daß sich am Montag Streikbrecher in größerer Anzahl einstellen würden, hat sich als trügerisch erwiesen. Nur ganz wenige haben es zuwege gebracht, ihren Kameraden in den Rücken zu fallen, kommen aber der großen Zahl der Ausständigen gegenüber absolut nicht in betracht. Die Stimmung unter den Arbeitern ist muthig, ihre Haltung tadellos.

Der Zug nach Weiskensfeld ist während der Dauer des Streiks aufs strengste zu vermeiden.

Wegen Lohnreduktion ist der Zug von Klavierarbeitern nach der Fabrik von Gebr. Persina in Schwerin (i. Meckl.) streng fernzuhalten. Die Schweriner Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Aus Schlesien wird uns geschrieben: Wie schon berichtet, legten — am Freitag voriger Woche — mehrere hundert Weber und Weberinnen der Meyer Kaufmann'schen Fabrik in Launahausen b. Wälsdorf, Kr. Waldenburg, die Arbeit nieder. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes um 1 Pf. pro Meter, die Lieferung besseren Garns, sowie Abschaffung beziehentlich Verbesserung des in Schlesien fast allgemein üblichen Prämien-systems. In genannter Fabrik beruht das Prämien-system auf folgender Grundlage: verdient ein Weber in vier Wochen 30 M. — also pro Woche 7,50 M. — so erhält er eine Prämie von 13 M. (Nach anderer Angabe beginnt die Prämie bei 24 M. Verdienst und beträgt dann 1,80 M.) Viele Arbeiter verdienen aber nicht einmal 7,50 M. pro Woche; sind doch Wochenlöhne von 2 M. vorgekommen, was allerdings nicht Wunder nehmen kann, da die Firma beispielsweise für ein Stück Zeug, wofür es anderwärts 8 M. giebt, nur 1,10 M. zahlt. Durch Wegfall der Prämien sollte eine Lohnreduktion eher ermöglicht werden. Die Firmen-inhaber wollten jedoch nicht in die Abschaffung der Prämien, versprachen aber eine Lohnreduktion, die 5, 10 und 15 Pf. (nach anderer Angabe 10—20 Pf.) pro Stück (à 60 Meter) beträgt. Diese Zugeständnisse genügen den Webern natürlich nicht. Der Streik, der — wie gemeldet wurde — am Montag beendet worden sein sollte, dauert daher fort. Zugung ist deshalb aufs strengste fernzuhalten; weiter ist, da die schlesischen Weber bei ihrem erwerbunswürdigen schlechten Verdienst natürlich keine Fonds sammeln können, finanzielle Unterstützung dringend nöthig.

Briefe sind an Hermann Klingberg in Nieder-Wälsdorf Nr. 1 zu richten.

Der Porzellanarbeiterstreik in Dakowitz in Böhmen dauert fort; der Versuch des Karlsbader Bezirkshauptmanns, eine Verständigung zu Stande zu bringen, ist gescheitert.

Die belgischen Schuhmacher halten am 7. Februar einen Kongreß in Renaix ab. Unter anderem wird Stellung genommen werden zum 1. Mal und zum internationalen Schuhmacherkongreß im Juni 1897.

Ein Kongreß der belgischen Steinarbeiter tagte am letzten Sonntag in Brüssel. Der Antrag, im Monat Mai überall die Arbeit niederzulegen, wurde verlagert. Beschlossen wurde, ein Gewerkschafts-Organ für die Berufsgruppen der Steinarbeiter unter dem Titel: „Le Maillot“ („Der Schlägel“) zu gründen.

Unternehmer-Verbände.

Das deutsche Zuckersyndikat soll am 30. Januar in einer Versammlung zu Berlin errichtet werden. Es handelt sich dabei um die Rohzucker-Fabrikanten, die durch das Syndikat vor allem den Weltmarkt zu beeinflussen hoffen. Auch bei einer Beteiligung von nur 50 pCt. der deutschen Rohzucker-Produktion soll dieses Syndikat ins Leben treten. Das Komitee des von den Zuckerraffinerien beabsichtigten Deutschen Zuckersyndikats, das ausschließlich die Veränderung des deutschen Konsumenten bewegt, arbeitet einen neuen Plan aus, um dieses Projekt doch noch zu verwirklichen. Von London aus wird für die Errichtung eines internationalen Verbands-Syndikats Propaganda gemacht. Das „Journal“ der französischen Zuckersyndikanten stimmt dem zu.

Der Verein deutscher Spiegelglas-Fabrikanten in Aöln hat die Preise des Spiegelglases für Deutschland erniedrigt, weil bei den jetzigen Preisen der Absatz im Mißverhältnis steht zu der Produktion. Spiegelglas wird ohnehin in Deutschland vergleichsweise bedeutend weniger verbraucht als in Belgien, Holland, Frankreich und England, nach welchen Ländern denn auch ein beträchtlicher Theil des deutschen Spiegelglases geht.

Die Vereinigten rheinisch-westfälischen Stabeisen-Walzwerte haben in einer Sitzung zu Aöln beschloffen, den Grundpreis um 4 M. zu erhöhen. Sämmtliche Werke sind, wie festgestellt wurde, gut beschäftigt.

Die Vereinigung der größten und oft der verschiedensten Produktionszweige zu einem einzigen großen Niederbetrieb ist auch in Kiel zu beobachten. Am 1. Oktober 1896 hat der Kanonenkönig Krupp für eigene Rechnung die Leitung der dortigen Germania-Werke übernommen. Den Aktionären ist auf 25 Jahre eine jährliche Dividende von 5 pCt. sichergestellt, unter dem Vorbehalt, zu erhöhtem Kurs (105 pCt. des Nennwertes) die Aktien eventuell schon früher übernehmen zu können. Sofort macht sich nun auch die kapitalkräftige Hand Krupp's bemerkbar, indem zu ganz umfangreichen Neubauten auf der Werft geschritten wird. Eine großartig angelegte Maschinenbau-Anstalt, eine Gießerei, elektrische Probitanstalt u. s. w. wird gebaut und das ganze bisher unbenutzte liegende Terrain der Werft soll in Gebrauch genommen werden, wozu noch mehrere 100 Meter neue Quai-Anlagen kommen. Das Bestreben, die Werft zu einer ersten Klasse, mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestattet, zu machen, ist unverkennbar. Mit der Annahme, daß es dabei namentlich auf den Bau von Kriegsschiffen abgesehen ist, wird man wohl nicht fehl gehen. Weiter wird gemeldet, daß Krupp in Nordeschöb, in nächster Nähe von Riga, für den Preis von 100 000 Rubel ein großes Grundstück angekauft habe, um dort ein großes Eisen- und Stahlwerk zu errichten. Aus England kommt eine ähnliche Nachricht. Die beiden bedeutendsten Geschäftsbanken Englands, die Werke von W. G. Armstrong, Mitchell u. Co. in Newcastle on Tyne und die Firma Joseph Whitworth u. Co. in Manchester, vereinigen sich. Zwischen beiden Firmen herrschte seit Jahren, namentlich im Geschäftsbau, eine lebhafteste Konkurrenz. Die Vereinigung soll so vor sich gehen, daß Armstrong die Whitworth'schen Werke übernimmt. Das Grundkapital beider Firmen beträgt 5 000 000 Pfund Sterling = 100 000 000 M. Allein die Armstrong'schen Werke beschäftigen zur Zeit schon 19 000 Arbeiter. So geht die Leitung immer größerer und umfangreicherer Produktionsbetriebe in die Hände weniger Personen vor sich, die Gewisheit bietend, daß demal einig auch die Leitung des gesammten Produktionsprozesses in die Hände eines Einzigen, der Gesamtheit, übergehen muß.

Die Hafenarbeiter-Bewegung.

Aus Hamburg wird uns unterm 20. Januar geschrieben: Während der achtwöchigen Dauer des Streiks ist nie soviel Geld von auswärts für die Ausständigen eingegangen, als in diesen Tagen. Ueberhaupt wächst die Opferfreudigkeit von Tag zu Tag. Die Zellerammlung in einer einzigen der am Montag Abend in Hamburg abgehaltenen Volks-Versammlungen ergab 577,70 M.

Es zeichnen jetzt Leute für die ausständigen Hafenarbeiter, denen man alles vorwerfen kann, nur nicht allzu große Arbeiterfreundlichkeit. Das kommt daher, daß man allerorts empört über das Verhalten der Unternehmer ist. Wenn die Unternehmer auch nur einigermaßen guten Willen zeigten, so hätte der Streik schon heute zu Ende kommen können, denn der Beschluß über den Sonnabends-Vorschlag der Arbeiter bedarf keiner langen Ueberlegung. Man ist in den weitesten Bevölkerungskreisen deshalb, wie gesagt, entrüstet über die Unternehmer und bezeugt das durch energische Unterstützung der Streikenden. Große Aufregung rief an der Börse die Nachricht hervor, daß die Steuer und Gewerführerbaase auf neue Werbe-Agenten in die Stromgebiete der Weichsel, Havel, Oder und Obere Elbe geschickt haben, um Schiffer nach Hamburg zu holen. Man hielt den Ausstand für fast beendet und muß nun sehen, daß die be-theiligten Unternehmer alle Anstalten machen, als solle der Streik noch lange andauern! Bis zur Stunde — Mittwoch Mittag 12 Uhr — hat der Arbeitgeberverband noch nicht geantwortet.

Im Hafen lagen Dienstag Abend 300 große Seeschiffe. Am Montag solidirten zwei große Seeschiffe im Hafen und am Dienstag, wie schon mitgeteilt wurde, vier. Kleinere Kollisionen kommen täglich in großer Zahl vor. Es hat dies seinen Grund in der totalen Ueberfüllung des Hafens.

Ein Telegramm unseres Korrespondenten meldet uns noch: Im Freihafengebiet sind noch immer 1320 Fremde einquartirt und beschäftigt. Acht Unglücksfälle, darunter zwei tödtliche, kamen am Mittwoch vor. Nach der „Börsehalle“ beschließt der Arbeitgeber-Verband am Donnerstag Nachmittag über den Arbeitervorschlag.

An alle Zeitungen Deutschlands ist folgender Aufruf gerichtet worden:

Mit Spannung verfolgt unser Volk die Verhandlungen, die zur Zeit in Hamburg zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfinden. Der Kampf hat sich seit längerem schon zu der prinzipiellen Frage zugespitzt, ob derartige Streitigkeiten bis zur Niederwerfung des einen Theils durchgekauft, oder ob sie durch schiedsrichterliche und einigungsamtliche Thätigkeit beendet werden sollen; bei den jetzigen Verhandlungen handelt es sich darum, ob die Arbeiter, bevor über die Einzelheiten der aufgestellten Forderungen auch nur in Berathung getreten wird, die Arbeit wieder aufnehmen sollen. In dieser Lage macht sich die Besorgnis geltend, daß die Verhandlung über die Frage, ob verhandelt werden soll, sich solange hingiehe, bis der Arbeiterschaft die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes ausgehen und sie dann nicht nur zur Wiederaufnahme der Arbeit, sondern zu einer bedingungslosen Unterwerfung gezwungen ist. Ein derartiger Sieg des Unterwerfungs-Prinzips würde eine bedauerliche Verschärfung für alle in Zukunft auftauchenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedeuten.

Der Moment ist gekommen, wo die weiten Kreise unseres Volkes, die am eigentlichen Kampf nicht theilhaftig sind, um der Idee willen, die hier zum Austrag gebracht werden soll, eingreifen müssen. Soll der in Hamburg noch immer währende Kampf zu einem Abschluß gelangen, der den Gesetzen der Gerechtigkeit entspricht, so muß eine thatkräftige Sympathie des deutschen Volkes denjenigen Theil der kämpfenden unterstützen, der ohne diese Unterstützung kampfunfähig werden würde. Wir greifen nicht in den Kampf, um den Streikenden zu einem Triumph zu verhelfen, wir wollen nur erwirken, daß die jetzt stattfindenden Verhandlungen, wie auf der einen, so auch auf der anderen Seite ohne den Druck drohender Noth geführt werden. Nicht also von irgend einem Parteipunkt aus, ganz gewis nicht in einer Regung der Verbitterung gegen die Arbeitgeber, lediglich in dem Drange nach einem endlichen Inkrafttreten anderer Anschauungen über Recht und Billigkeit.

fördern wir jeden im Volke, Männer und Frauen, die Hochgestellten und den schlichten Bürger, Reiche und weniger Bemittelte, auf, durch eine, ihren Mitteln entsprechende, energische Gabe an die Streikenden für einen baldigen Frieden im Volke zu wirken.

Jetzt heißt es: entschlossen, rasch und energisch handeln. Alle Zeitungen, ob sie eine direkte Aufforderung erhielten oder nicht, sind gebeten, ihren Lesern von diesem Aufruf Kenntniß zu geben und Beiträge in Empfang zu nehmen; sind auch gebeten, ihrerseits und so lange es notwendig ist, immer wieder an das Geben zu erinnern. Die gesammelten Gelder sind, und zwar die ersten Beiträge baldigst, an den Kassenträger G. Schippmann, Hamburg, Schaarhorst 7, abzuliefern, wozu auch Einzelbeiträge gesandt werden können. Für diejenigen, deren Zeitung nicht selbst sammelt, sei „Die Zeit“ genannt: Geschäftsstelle: Berlin SW., Zimmerstraße 8.

Professor Baumgarten, Kiel. M. von Egidy, Berlin. Professor Herkner, Karlsruhe. Dr. Jastrow, Charlottenberg. Prof. Lehmann-Hohendorf, Kiel. Dr. Mühlberger, Crailsheim. Pfarrer Raumann, Frankfurt a. M. Graf Reina, Dresden. Professor Tönnies, Hamburg.

Wie die „Zeit“ mittheilt, ist dieses Rundschreiben, das an 2000 Zeitungen verandt wird, von der Post nicht besördert worden, weil das Kouvert neben der Adresse noch den Vermerk trug: „Wichtig, Streifzettel“.

Ueber den Indiensfahrer, der im Hamburger Hafen polizeilich isolirt worden ist — der Name des Schiffes ist in gestriger Nummer unrichtig angegeben, das Schiff heißt: „W. J. Pirrie“ — brachte das Wolff'sche Bureau am Mittwoch folgende Mittheilungen aus Hamburg:

Das aus Kalkatta hier eingetroffene Segelschiff „Pirrie“ ist, weil an Bord mehrere Kranke signalisirt waren, in den Hanfshafen zur Quarantäne gegangen. Wie nunmehr amtlich festgestellt ist, verließ das Schiff bereits am 27. September v. J. Kalkatta, zu einer Zeit, wo dort keine Krankheit herrschte. Der Steuermann ist, wie konstatiert wurde, an Schwindel erkrankt; die sonstigen Erkrankten an Bord beschranken sich auf eine durch Ueberanstrengung hervorgerufene Erschöpfung. Nach weiteren Mittheilungen hat die Sektion des verstorbenen Steuermanns bestätigt, daß derselbe einem Lungenerleiden erlegen ist. Die übrigen 8 Erkrankten leiden zum theil an Stomatitis oder Beri-Beri und sind alle in der Genesung begriffen. Die Erkrankung dürfte durch den andauernden Genuss von Schiffskost und Pötelkaffee veranlaßt sein.

Beri-Beri ist eine orientalische Infektionskrankheit, die unter Umständen in wenigen Stunden tödtlich verläuft. Das Gerücht, daß es sich bei den Erkrankten auf dem „Pirrie“ um eine viel gefährlichere Krankheit als Stomatitis handle, hat also zum theil das richtige getroffen.

Unterstützungsgelder für Hamburg haben bis jetzt im ganzen abgeandt: Magdeburg rund 14 000 M., Breslau 4000 M., Leipzig 40 000 M., Frankfurt a. M. über 10 000 M., von Braunschweig seitens des Gewerkschaftsrates 5400 M. (eine Volksversammlung daselbst beschloß, daß jeder organisierte Arbeiter während der Dauer des Streiks wöchentlich 30 Pf. zahlen soll). München hat bis jetzt 7500 M. abgeschickt. Die Sammlungen werden ungeschwächt fortgesetzt.

Aus Bremerhaven wird uns geschrieben: „Der englische Dampfer „Planet Venus“ legte hier an; seine Ladung besteht aus Baumwolle und Phosphat. Von dieser Ladung sind nur 4500 Ballen Baumwolle für Bremen, die übrige Ladung ist für Hamburg bestimmt. Der Unternehmer versuchte, die gesammte Ladung hier zu löschen. Die betreffenden Arbeiter weigerten sich jedoch, entschlossen, die Hamburger Ladung anzusaffen. — In den Unterweserorten Bremerhaven, Geestmünde und Lehe sind bis jetzt 5550 M. von den Arbeitern gesammelt und an die streikenden Hafenarbeiter und Seeleute Hamburgs abgeschickt worden.“

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 20. Januar 1897. 11 Uhr. Am Ministerische: Miquel, Boffe, Thielen und zahlreiche Kommissarien.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt. Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Auskünfte des Ministers über die politische Polizei sind nicht befriedigend. Das Vereinsgesetz erwarten wir in dem Sinne, wie es der Reichskanzler versprochen hat, um den Antrag hierüber zu machen. Zu den Leuten, die sich über das Verhalten der Börse freuen, gehöre ich nicht; die Börse ist ein wichtiger Faktor im wirtschaftlichen Verkehr und daher hat der Staat ein Recht, sich um die Geschäfte der Börse zu kümmern. Wenn die Landwirthe meinen, sie könnten nun die Preise allein machen, so dürfen sie sich doch irren. Ein Fehler war es, die neue Börsenordnung erst am Ultimo herauszugeben. Die meisten Angriffe gegen die Börse sind unbegründet. Redner kritisiert die Zusammenstellung des Herrenhauses, wo es an Vertretern von Handel und Industrie fehlt, läßt die Regierung dieses Bedürfnis unbeachtet, so wird sich bei uns, wie das auch in anderen Staaten geschehen ist, eine Oberhausfrage allmählig entwickeln. — Redner kritisiert sodann die Gehaltsregelung und findet namentlich bedauerlich, daß die Richter nicht den Verwaltungsbeamten gleichgestellt sind. Die Entschädigung der Professoren für die Verstaatlichung der Kollegengelder ist durchaus ungenügend. Erfreulich war die Andeutung des Ministers, daß eine Regelung der Gemeindebesteuerung der Beamten als nötig anerkannt werde; wie Herr Langerhans mittheilt, sind 10 pCt. aller Schüler in den Berliner Schulen Beamtenkinder, ein Beweis, wie nötig die Regelung der Frage ist.

Justizminister Schöndert verwahrt die Justizverwaltung gegen den Vorwurf langer Vakanz erledigter Richterstellen. Eine Gleichstellung der Richter mit den Verwaltungsbeamten ist historisch nicht zu begründen. Die Justizverwaltung hat sich vergebens bemüht, die Gleichstellung durchzuführen. Nehmen Sie darum was geboten ist und rechnen Sie auf die Zukunft.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Althoff erklärt, daß er keineswegs mit der Verstaatlichung der Kollegengelder „gedroht“ habe; gegen die Kollegengelder, wie sie heute bestehen, haben sich gewichtige Autoritäten ausgesprochen.

Abg. v. Kardorff (sl.): In bezug auf das Vereinsgesetz muß doch bemerkt werden, daß die Zusage des Reichskanzlers keine so bedingungslose war, sondern daß mein Freund, der Abg. v. Stumm, sofort darauf hinwies, es seien Maßnahmen gegen das staatsfeindliche Treiben einzelner Vereine nötig. Die Börsenreform hat nicht überall meinen Beifall; aber die Angriffe des Bundes der Landwirthe gegen die Börsen sind sehr erklärlich nach den Ausfällen der Presse gegen die Agrarier. Die vornehme Leutseligkeit des Reichskanzlers ist uns allen bekannt; aber er wird hoffentlich aus dem Prozeß Ledert die Nothwendigkeit entnommen haben, die Herren von der Presse künftig schärfer abzuweisen. Daß die politische Polizei erst von Bismarck geschaffen sei, ist unrichtig; Stieber's Thätigkeit ist älteren Datums. Redner tritt dann für eine reinliche Scheidung der Finanzen des Reiches von denen Preussens ein. Sollte man im Reich auf eine Herabminderung der Marine-Ausgaben hinstreben, so könnte ich das nicht billigen. Die Gehaltsverhöhungen sind für mich zur Zeit unannehmbar; im Sande versteht man nicht, warum Beamte mit gesicherten Einkommen aufgebessert werden sollen, während tausende von Landwirthen um ihre Existenz ringen. Die Gehaltsvorlage kann mindestens um ein Jahr vertagt werden.

Finanzminister Miquel: Solche Vertagung könnte doch leicht ad calendas graecas erfolgen. Im Reich sind nicht unerhebliche Ausgaben nötig und wir haben gestern doch gehört, daß neue Finanzmaßregeln dort vorbereitet werden. Ich bin nur gegen die Schuldentilgung im Reich gewesen, wohl aber gegen eine Schuldentilgung auf Kosten der Einzelstaaten.

Abg. Stöcker (wldl.) stimmt in der Frage der Professorengehälter mit dem Abg. Friedberg überein. Erfreulich ist das Ausblähen unserer Industrie; die Börse hat damit nichts zu thun; durch ihr Spiel ist das deutsche Volk aus einem Volk des Geistes, ein Volk des Wammons geworden. Bei den Gehaltsverhöhungen sind die bedürftigsten Beamten, Kanzlisten u. s. w. sehr schlecht weggekommen; bei diesen Leuten bricht ein sozialer Rohstand vor; die ländlichen Pfarreien auskömmlich zu dotieren ist eine dringende Aufgabe. Das Dreiklassen-Wahlrecht ist nicht verbeßerlich. Beim Vereinsrecht überschätze man die sozialdemokratische Gefahr nicht, man stärkt damit bloß die Auffassung, welche diese Leute von ihrer politischen Macht haben. Die politische Bedeutung der Presse überschätze man vielfach.

Abg. Motz (Pole) geht näher auf die polenfeindliche Gesehgebung ein, die über 4 Millionen laufende Ausgaben erfordert und doch nicht den gewünschten Erfolg haben werde. Möge die preussische Regierung die unveränderbaren Rechte der Polen anerkennen, vor allem das Recht jeden Volkes auf Anerkennung seiner Nationalität. Die gewaltsamen Germanisirungsversuche werden nicht gelingen. Bei Königgrätz gestattete man den polnischen Truppen das Singen ihrer polnischen Lieder und die Musik blies polnische Weisen, heute ist beides verboten.

Kultusminister Dr. Boffe: Die Medizinalreform ist im besten Fluße, in der Presse sollte nicht Tamtam geschlagen werden, so lange die Sache nicht fertig ist. Der Aggressiv-Charakter der polnischen Agitation gegen das Deutschthum ist in den letzten Jahren lahmner hervorgetreten in der Presse und in den Vereinen als je zuvor. Daß wir uns dagegen wehren und unseren Beifschützen, versteht sich von selbst. (Bravo!) Eine organisierte Nationalität werden wir den Polen nicht zugestehen; mit den nachdrücklichsten Mitteln werden wir der offenen wie der geheimen polnischen Agitation entgegenwirken und wir hoffen, damit die Sache und auch die Polen zu einem guten Ziele zu bringen. (Beifall und Zischen!)

Abg. Wallbrecht (natl.) wendet sich gegen Stöcker; wenn dieser über die Presse klagt, so brauche er sich nicht zu wundern. Wie man in den Wald ruft, so schallt's heraus. Auch kann man gegen die Presse klagen; man braucht die Klagen nicht zurückzunehmen. (Lachen.) Redner plädiert für den Ausbau der Wasserstraßen. Die Gehaltsaufbesserung bringt viel Unzuträglichkeiten für einzelne Beamte mit sich.

Weiterberatung morgen 11 Uhr. Schluß 9/4 Uhr.

Lokales.

Die städtische Verkehrsdeputation hat Untersuchungen darüber veranlaßt, inwieweit es möglich sei, dem Verlangen der Großen Berliner Pferdebahn, daß fremde Straßenbauunternehmer ihre Geleise nur bis zur Länge von 400 Metern mitbenutzen sollen, nachzukommen. Die Untersuchungen haben ergeben, daß sowohl eine Reihe Ringlinien als auch eine ganze Anzahl Endlinien unter der gestellten Bedingung herzustellen ist; in dem entworfenen Plane, dem die Verkehrsdeputation gestern zugestimmt hat, brauchen nur in zwei Fällen die 400 Meter überschritten zu werden. Seit langem sind Pläne über Pläne entworfen und Untersuchungen über Untersuchungen veranfaßt worden. Wann wird endlich an die Ausführung gegangen?

Am 1. Januar 1897 befanden sich in städtischer Waisenspflege 4886 Kinder (2590 Knaben, 2296 Mädchen). In Zwangs-erziehung befanden sich zur selben Zeit 453 Kinder (370 Knaben,

88 Mädchen), von diesen waren entlaufen 35 (32 Knaben, 3 Mädchen), im Gefängniß 12 Knaben.

Die Herrenfeste sind zur Zeit an der Tagesordnung. Jeder honorire Verein versammelt sich mindestens einmal im Jahre unter strengem Ausschluß seiner Damen, um ungeleitet von Müttern einen beträchtlichen Theil der Nacht zu verpulken. Das ist an sich ja kein Unglück und niemandem soll es verwehrt sein, gründlich zu prüfen, ob es wirklich sein richtiges Bewenden habe mit dem alten guten Sprichwort: „Kein Vergnügen ohne Dänen“. Welchen eigenthümlichen Haken es aber mit manchen gerade von besonders honetten und staatsberhaltenden Kreisen veranstalteten Herrenabenden hat, das haben wir vor Jahresfrist an dem Feste eines Kriegervereins nachgewiesen, auf dem neben patriotischen Wesen die gemeinsten Unfähigkeiten zur Ausführung gebracht wurden. Schlimmer noch als auf diesem kriegerischen Vergnügen scheint es an einem zivilistischen Herrenabend hergegangen zu sein, den der Verein Berliner Segler am 18. d. M. im Lokale Sanssouci veranstaltet hat. Wenigstens enthält eine Festszeitung zu diesem Abend, die in der hiesigen „Star Printing Office“ in der Stallschreiberstraße gedruckt worden ist, sowohl im Text als in den Illustrationen Unzuchtigkeiten, welche den bekannten Staatsanwalt, dessen sittliches Empfinden es schon nicht litt, daß der „Vorwärts“ ungestraft die schamlose Kuppel-Anzeige eines Gerichtsassessors getheilt, zu Maßregeln von ganz außerordentlicher Art anregen mißte, wenn er die rohen und geistlosen Lausigkeiten zu Gesicht kriegt. Wie sind gewiß nicht präde und vertriehen uns, wie jeder normale Mensch durchaus nicht vor einer derben Jote, wenn Wit in ihr steckt. Was aber Leute vom Schlage der Berliner Vereins-segler betrifft, welche ihr bißchen Hirn einzig anzustrengen scheinen, um acht Seiten einer Festszeitung mit Gemeinheiten rohesten Kalibers anzufüllen, so sollten sie hinfort mit Juhältern Brüderschaft trinken, den Verkehr in anständiger Gesellschaft aber vorsichtig meiden.

Vom Kuppelmarkt. In der „Bosnischen Zeitung“, die bekanntlich ihrer Versicherung nach bei der Aufnahme von Heiraths-gesuchen u. dergl. ganz besonders zartfühlend verfährt, findet sich folgendes Inserat: Bekannter Journalist sucht zunächst die papierne Bekanntheit einer longenialen gemüthl., vermög., nicht unter 22-u. nicht über dreißigjähr. Dame, die sich die Ehe nicht als bloße Alters-Verjörg.-Ankalt oder als eine Art Croika-Symphonie vorstellt. — Warum sagt der Mann nicht klar und deutlich, daß er von seiner künftigen Frau versorgt sein wolle?

Die Kellner in den D-Bägen. Gegenüber der „Berichtigung“ des Herrn Klids halten unsere Gewährsmänner die in unserer Notiz gemachten Angaben in vollem Umfange aufrecht und sind bereit, eventuell vor Gericht durch 12 bis 15 Zeugen zu beweisen, daß die genannten Mißstände bis wenigstens Mitte Dezember v. J. bestanden haben. Erst nachdem Herr Klids erfuhr, daß einige seiner früheren Angestellten die Absicht hatten, eine Veröffentlichung der skandalösen Zustände herbeizuführen, soll eine Aenderung eingetreten sein.

Das Berliner Verbrecher-Album, welches nun seit zwanzig Jahren besteht, ist seit dieser Zeit von 4200 Nummern auf rund 12 400 angewachsen; darunter befanden sich die Ausnahmen von 53 Mördern, 2531 Einbrechern, 880 Taschendieben, 472 Ladena- und 668 Schlosserdieben, 371 Bauernfängern, 973 Betrügnern und Hochstaplern, 1118 Prostituirten, 1283 Juhältern u. s. w. Dieses Album füllt 17 Bände; trotzdem trägt es zur Ermittlung von Verbrechern nur verhältnißmäßig wenig bei; so verhalf es im Jahre 1895 bloß zur Ermittlung von 137 Thätern.

Vereine mit Schankbetrieb. Der Polizeipräsident von Berlin erklärt auf grund des Gesetzes vom 6. August 1896, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung, eine Bekanntmachung, worin die bestehenden Vereine, welche Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben, wenn auch nur in Beschränkung auf den Kreis ihrer Mitglieder, darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie Erlaubniß zum Weiterbetriebe rechtzeitig (die neuen Bestimmungen treten mit dem 1. April d. J. in Kraft) nachzusuchen haben. Zur Erläuterung bemerkt der Polizeipräsident folgendes: „Unter Vereinen sind Personenmehrsheiten jeder Art, auch „geschlossene Gesellschaften“ zu verstehen, nur nicht Versammlungen und Gesellschaften zu einmaligen Zwecken. Eine Erlaubniß gemäß § 83 der Gewerbe-Ordnung kann nur an physische Personen erteilt werden; es ist daher Sache der Vereine, die Persönlichkeit zu bezeichnen, für welche die Erlaubniß ausgefertigt werden soll. Beschränkungen der Erlaubniß auf den Kreis der Mitglieder, auf die Dienstzeit des Vorstehenden, Delonomen, Lagerhalters u. s. können in die Ausfertigung aufgenommen werden, sofern es im öffentlichen Interesse liegt und der Verein damit einverstanden ist. Die Erlaubniß wird verjagt, wenn gegen die Ertheilung derselben geschlechtlich begründete Bedenken vorliegen, und diese nicht durch Aufnahme von Beschränkungen beseitigt werden können. Uebrigens bleibt es den Vereinen unbenommen, sich gegen eine ihren Absichten nicht entsprechende Ausnutzung der Erlaubniß durch den Inhaber privatrechtlich sicher zu stellen.“

Der übermäßig lange Dienst der Antscher und Schaffner der Omnibus-Gesellschaften hat in der letzten Zeit, besonders aber an den sehr kalten Tagen, diesen Angestellten der Gesellschaften wieder zu den heftigsten Klagen Anlaß gegeben. Wie berechtigt diese Klagen sind, zeigt die bei den Omnibus-Gesellschaften bestehende Dienstzeit. Der Dienst währt von morgens 6 bis abends 11 Uhr, also täglich 17 Stunden. Dazu kommen noch für die Schaffner die abendlichen Abrechnungen, so daß die Leute kaum 7 Stunden zu Hause sein können und nicht die Zeit finden, sich durch hinreichenden Schlaf von ihrer abspannenden Thätigkeit zu erholen. Um ihre Familie können sie sich daher nur an den 4 bis 5 dienstreien Tagen kümmern, die ihnen monatlich von der Direktion gewährt sind. Wie muß so ein Kutscher das Vieh beneiden, das von der Gesellschaft sorgfältig gepflegt und nie über die hygienisch zulässige Stundenzahl vor den Wagen gespannt wird!

Unter dem Namen „Honigsyrup“ gelangt ein aus geringen Mengen von Rohrzuckerelasse und Stärkesyrup bestehendes Gemisch in den Handel. Der Polizeipräsident macht die handelstreibenden Kreise darauf aufmerksam, daß derartige Erzeugnisse nur unter Bezeichnungen feilgehalten und verkauft werden dürfen, die jeden Irrthum über die Herstellungsweise und Zusammensetzung ausschließen. Die Hinzufügung des Wortes „Honig“ bei Bezeichnung derartiger Syrupe ist deshalb unzulässig.

Die für heute im Circus Reuz angeordnete Premiere „Aus der Rappe eines Riesengebirgs-Phantasten“ kann wegen plötzlicher Erkrankung der Hauptdarstellerin erst am Sonnabend den 23. Januar stattfinden. Am Donnerstag und Freitag bleiben die „lustigen Blätter“ auf dem Repertoir.

Auf der Polizeiwache Rheinsbergerstr. 78 ist am Dienstag Abend ein etwa 60 Jahre alter unbekannter Mann geforscht, der in schwer trunkenem Zustande von Schulheuten dorthin gebracht war.

Einem großen Anlauf verurachtete Dienstag Abend in der Lindenstraße die Festnahme eines Schankastendiebes, der mit zwei anderen Gesellen vor einer Delikatesswaarenhandlung erwischt worden war. Während die beiden anderen alles Gefohlene wegworfen und entkamen, konnte sich der dritte nicht von einer schweren fetten Gans und anderen Vorkerbissen, die er auf dem Arm trug, trennen und wurde dadurch am Laufen behindert. Bevor ein Schuttmann kam, prägelte ihn das Publikum durch.

Aus Nahrungsvorgen hat sich der augenkrante Weber Julius Rehrmann gestern in seiner Straußbergerstr. 18 belegenen Wohnung

erhängt. Der Unglückliche hatte vorher schon mehrfach Selbstmordversuche unternommen.

Das traurige Loos der slovakischen Mausefallen-Händler schilderte am Dienstag ein 17-jähriger Slovake, der vagabondierend in Köpenick aufgegriffen worden war. Er erzählte, daß er, durch glänzende Versprechungen eines Agenten verlockt, aus seiner Heimath nach Berlin gekommen wäre, um hier eine Stellung als Hausierer mit Drahtwaaren anzunehmen, war jedoch bitter enttäuscht worden. Der Verdienst war schlecht und das Essen so mangelhaft, daß er sich davon kaum ernähren konnte. Wenn er nicht genügend verkaufte, so wurde er geprügelt. Unter diesen Umständen wollte der Bursche nicht länger in Berlin bleiben und trat ohne Geld die Rückreise nach seiner Heimath zu Fuß an. Die Köpenicker Polizei ließ ihn nach der österreichischen Grenze bringen.

Zu lärmvollen Ausritten kam es einem hiesigen Blatte zufolge vorgestern in einem in der Bergmannstraße belegenen Lokale, wo endlich die Auszahlung der Spargelder des sog. Konsumvereins Südwest erfolgen sollte. Der Vorsitzende Weinberg hatte den Mitgliedern mehr denn 25 pCt. vom Guthaben abgezogen; als die Frauen gewahr wurden, wie man sie prellte, gingen sie dem Vorsitzenden energisch zu Leibe.

Siffo aufgefunden wurde Mittwoch früh um 1 Uhr auf dem Bürgersteige vor dem Hause Dorotheenstr. 24 der 62-jährige Arbeiter Otto Janowski, der aus einer schweren Kopfwunde und aus der Nase blutete. Ein Schuhmann des 4. Reviers brachte ihn in ein Krankenhaus. Was mit ihm vorgegangen ist, läßt sich nicht feststellen, da er noch nicht vernunftfähig ist.

Ceska narodny kawarna. Das „Erste Böhmisches National-Kaffeehaus“ in der Markgrafenstraße 19 hat nach kurzen Besuchen seine Pforten geschlossen. Besucht war das Kaffeehaus nicht von den Deutschen, weil es „böhmisches“ war und nicht von den Tschechen, weil es die Bildnisse Kaiser Wilhelms, Bismarck's u. s. w. enthielt.

Unfälle im Straßenverkehr. Auf dem Potsdamer Platz fiel der Schmieß Franz Grünmann beim Absteigen von einem Omnibus hin und zog sich dabei erhebliche Verletzungen an der linken Hand zu. Er erhielt in der Charitee einen Verband. — Abends fiel an der Ecke der Potsdamerstraße und des Schöneberger Ufers der Geschäftsführer Hugo Schmidt von dem Hinterrum eines, eine Kurve durchfahrenden Pferdebahnwagens und trug eine Verletzung am Hinterkopf davon.

Von der Firma Zimmermann und Vuchloß geht uns eine Berichtigung zu, die sich mit dem Ausfus des Vorstandes des Berliner Metallarbeiter-Vereins in Nr. 13 vom 16. Januar unseres Blattes beschäftigt. Wir stehen nicht an zu erklären, daß der Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes, womit die Aufnahme der Berichtigung verlangt wird, in diesem Falle einen argen Mißbrauch des betreffenden Gesetzes bedeutet. Nur den Theil der Zuschrift, welcher in der That eine Berichtigung enthält, lassen wir hier folgen:

„Wöllig unrichtig ist es sodann, daß von unserer Firma den Drebern, Schlossern und Bohren, welche bisher im Akkord 45, 50 und 55 und 62 Pfennige verdient hatten, jetzt nach Weihnachten Lohnsätze von 30, 35, 40 Pf. pro Stunde zugemuthet sind.

Ein fester Stundenlohn ist vielmehr nur für die Bohrer festgesetzt worden, welche ebenso wie die erwähnten Hilfsarbeiter für den Anstrich eine handwerksmäßige Ausbildung nicht besitzen. Bei neuereitretenden Bohren ist ein Minimal-Lohnsatz von 35 Pfennigen pro Stunde zugestimmt, welcher je nach Leistung bis auf 45 Pfennige steigt.

Alle handwerksmäßig geschulten Werkstättenarbeiter, wie Schlosser, Dreher, Schmiede u. c. arbeiten dagegen nach wie vor zu den ungenügenden Akkordlöshen. Zur Ermittlung der Abschlagszahlungen bei länger als eine Lohnwoche dauernden Akkorden ist für dieselben ein Stundenlohn von 38—55 Pf. festgesetzt worden.

Weitere Bestimmungen irgend welcher Art haben nicht stattgefunden und sind hiernach die vermeintlichen Gründe zu der erfolgten Arbeitseinstellung in den Ausführungen in Nr. 13 des „Vorwärts“ wahrheitswidrig und entsetzt zur Darstellung gelangt.“

Aus den Nachbarorten.

Zur Lokalliste. In Charlottenburg ist das Lokale von Triefschau, Sophie-Charlottenstr. 94, zu Arbeiterversammlungen nicht mehr zu haben. Dagegen ist in Berlin Kaufmann's Variété, Königs-Kolonaden, für die Arbeiterschaft wieder frei. Die Lokalkommission.

Die Friedrichsberger Parteigenossen werden auf die heute Abend in Müller's Kronprinzen-Garten stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. (Siehe Inserat.)

Zu der Verhaftung der Falschmünzerbände in Charlottenburg resp. Spandau erfahren wir, daß die festgenommenen Butterhändler sind, welche in den genannten Ortlichkeiten die Märkte besuchten und bei ihren Geschäften das Geld an den Mann zu bringen suchten. Die Apparate der Falschmünzer hat man noch nicht gefunden.

Aus Teltow wird uns von parteigedissidischer Seite geschrieben: Die Freunde unserer Feinde über das Eingehen des „Volksblatts“ ist gründlich zu Wasser geworden; suchte man doch aus diesem Falle, wie schon so oft einen Rückgang der Partei zu konstruieren. Wie wenig Glück unsere Gegner mit derartigen Weissagungen haben, beweist der Umstand, daß die Sozialdemokratie auch hier immer rüstig vorwärts schreitet. Für jeden einsichtigen Genossen war es längst kein Geheimniß mehr, daß über kurz oder lang das „Volksblatt“ eingehen mußte, und deshalb haben wir keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um für den „Vorwärts“ zu agitieren, so daß auch nicht ein einziger Leser unserer Presse verloren gegangen ist. Den Herren ist die Freude über unseren „Niedergang“ gründlich verderben worden. Einige von ihnen glaubten nun, der Zeitpunkt wäre gekommen, wo man dem arbeitenden Volke an geistiger Kost alles bieten könnte. Man gründete hier einen sogenannten Volksbibliotheks-Verein, welcher sich mit der Gesellschaft für Volksbildung in Berlin in Verbindung setzte. Damit genannter Verein auch seinen Namen einigermaßen entspreche, hat man in den Vorstand ein paar Auch-Arbeiter gewählt. Nach unserer Meinung braucht das Volk denn aber doch eine ganz andere geistige Nahrung und wir glauben, daß nicht ein einziger Klassenbewußter Arbeiter ein Bedürfniß nach den Büchern des lammtrommen Vereins fühlt. Sollten aber diese Auch-Arbeiter im Vorstande wirklich emporstreben wollen, so raten wir ihnen, sich zunächst ihrer Gewerkschaft anzuschließen, dort werden sie die Aufklärung erhalten, welche ihnen noch fehlt. Das sind Leute, die mit ihren großen Löhnen prahlen, und dabei vergessen, daß die Berliner Arbeiter unter den größten Entbehrungen einen etwas höheren Lohn erkämpft haben und zwar für diese mit. Nun, mögen diese gelehrten Herren unserer großen Stadt die Bücher ihres Vereins unter sich lesen; wir aber werden dafür sorgen, daß jeder Arbeiter das zu lesen bekommt, was ihm gebührt, woran er sich ergötzen kann, und das ist die sozialistische Literatur. Darum Arbeiter von Teltow, sorgt und agitirt tapfer für die Verbreitung unserer Presse!

Die Bluthat der Frau Ottilie Lomczyk aus Oranienburg an ihrem Gatten hat im Laufe der Untersuchung eine andere Gestalt gewonnen. Aus dem angeblichen Mord ist ein Akt der Nothwehr geworden. Sie hat ihren gewaltthätigen Gatten mit dem Revolver, den sie zum Schutze seit längerer Zeit stets bei sich trug, nieder-

geschossen, als er sie bedrohte. Die Staatsanwaltschaft hat zwar die Erhebung der Anklage beantragt, die Beschlußkammer des Landgerichts Berlin II hat aber auf Antrag der Verteidiger die Einstellung des Verfahrens beschloffen.

Kunst und Wissenschaft.

Das Schiller-Theater feiert das Andenken Grillparzer's, dessen 50jähriger Todestag in diese Woche fällt, mit einer Aufführung von „Des Meeres und der Liebe Wellen“ Sonntag Nachmittag und einem Dichterabend im Bürgercafé des Rathhauses Sonntag Abend, der Grillparzer gewidmet ist.

Im Volks-Theater in der Reichenbergerstraße gab es gestern eine recht lebendige Jubiläumsvorstellung. „Robert und Bertram“, das alte lustige Vagabundenstück, wurde dort zum 50 Male gegeben.

Soziale Rechtspflege.

Doppelte Buchführung. Auf eigentümliche Weise ist die brandenburgische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft mit einem Manne verfahren, der bei ihr versichert ist. D. hatte sich unzweifelhaft in einem landwirtschaftlichen Betriebe die rechte Hand erheblich verletzt. Als infolge der Verletzung eine Fistel entstand, schickte man ihn in die Anstalt des Dr. Thiem in Rottbus. D. verließ aber das Krankenhaus, bevor die Fistel geheilt war; er hatte sich mit Thiem persönlich überworfen. Nun ersuchte die Berufsgenossenschaft den Arzt um ein Gutachten. Dasselbe fiel dahin aus, daß D. in der Anstalt hätte er sie nicht frühzeitig verlassen, soweit geheilt worden wäre, daß die Beschränkung in seiner Erwerbsfähigkeit nur noch 25 pCt. betragen würde. Die Berufsgenossenschaft sprach darauf 25 pCt. der Vollrente zu, indem sie ihm bei der Rentenbemessung das vorzeitige Verlassen der Anstalt als „schuldhafte Vereitelung des Heilverfahrens“ anrechnete. Später habe dann die Fistel auch ohne die Behandlung des Doktor Thiem, und nun habe die Berufsgenossenschaft nichts eiligeres zu thun, als wie die bereits geschmätkerte Rente noch weiter herabzusetzen, nämlich auf 15 pCt. Sie meinte, daß zu dürfen, weil gegenüber dem früheren Zustande D. eine wesentliche Besserung eingetreten sei. D. ergriff dagegen die üblichen Rechtsmittel und hatte denn auch die Genehmigung, daß ihm in letzter Instanz die 25 pCt. vom II. Senat des Reichs-Versicherungsamtes wieder zuerkannt wurden. Direktor Pfarrius verwies darauf, daß ja doch dem Kläger von der Beklagten seinerzeit 25 pCt. Rente und nicht mehr zugesprochen sei, nur weil er die Anstalt des Dr. Thiem verlassen habe und weil bei vollständiger Heilung der Fistel in der Anstalt die Erwerbsfähigkeit 75 pCt. erreicht haben würde. Jetzt, nachdem dieser Grad wirklich eingetreten sei, die Erwerbsfähigkeit auf 85 pCt. zu schätzen und dementsprechend die Rente auf 15 pCt. zu ermäßigen, sei durchaus unzulässig.

Das Reichs-Versicherungsamt hat in der Unfallsache des Pudbers Schega eine wichtige Entscheidung gefällt. In dem Offenwerke, wo Sch. thätig war, hatten die Arbeiter immer eine Kanne mit Trinkwasser bereit stehen, um sich gleich bei ihrer leicht durchstrennenden Arbeit erfrischen zu können. An einem Sommertage wollte Sch. dies auch thun und er hatte deshalb schon den neben der Kanne stehenden Metallbecher ergriffen, als ihn plötzlich ein Schmiech das Gefäß von hinten mit Gewalt aus der Hand riß und dabei seine Finger verletzte. Nach Ablauf des Heilprozesses schickte sich Sch. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt und er machte demnach bei der zuständigen Berufsgenossenschaft Ansprüche auf eine Unfallrente geltend. Aber sowohl die Berufsgenossenschaft, wie das Schiedsgericht wiesen ihn ab; beide Instanzen verniechten das Vorliegen eines „Unfalles beim Betriebe“. Sein Rekurs hatte jedoch Erfolg; der erste Senat des Reichs-Versicherungsamtes verurteilte die Beklagte zur Rentengewährung. Geheimrer Regierungsrath Dr. Sarrazin begründete das Urtheil folgendermaßen: Auch in diesem Falle habe das Gericht den Grundsatz anzuwenden zu müssen geglaubt, daß durch das Geseh die Arbeiter auch gegen Gefahren hätten sicher gestellt werden sollen, die der Verkehr zahlreicher Personen an einer Betriebsstätte in Verbindung mit muthwilligem oder fahrlässigem Handeln einzelner Arbeitsgenossen im Gefolge hat. Dem Geiste des Gesetzes würde es wenig entsprechen, wenn der Kläger, welcher bei Vornahme einer ersten, vernünftigen Handlung durch die Unbesonnenheit eines Mitarbeiters verletzt worden sei, keine Entschädigung erhalten würde.

Die Gartenwirtschaft eines Klosterprobstes als landwirtschaftlicher Betrieb. Die Mauerstr. Muhl hatte mehrere kleine Anfälle bei ihrer Arbeit in den Gärten erlitten, die ihrem Arbeitgeber, einem Klosterprobste in der Provinz Schleswig-Holstein, zur Verfügung gestellt waren. Sie wandte sich deshalb an die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft wegen einer Unfallrente, wurde jedoch mit der Begründung abgewiesen, daß die fragliche Gartenwirtschaft nicht den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes unterliege. Frau Muhl legte dann Berufung ein und machte geltend, die Gärten des Probstes seien durchaus nicht Ziegärten, sondern würden ganz regulär bewirtschaftet. Der Antrag wurde zum theil sogar vordrängt, andererseits diene die Gartenwirtschaft dazu, den großen Haushalt des Probstes mit Bodenerzeugnissen zu versehen. Das Schiedsgericht stellte durch eine gründliche Beweisüberlegung fest, daß in den Gärten alle möglichen Gemüse und auch Kartoffeln gebaut wurden, und daß der Gärtner mit verschiedenen Früchten zu gunsten des Probstes Haushandel trieb. In einem guten Jahre soll der Erlös 400 bis 600 Mark betragen haben. Das Gericht sprach darauf der Klägerin die Unfallrente zu, und das Reichs-Versicherungsamt hat jetzt unter dem Vorh. des Geh. Regierungsrathes Gräfe die Entscheidung bestätigt. Der Betrieb der Gartenwirtschaft des Klosterprobstes stelle einen versicherungspflichtigen landwirtschaftlichen Betrieb dar, da sein Ertrag für den Anbau der Gärten nicht unerheblich sei. — Gegenüber dieser von den Gerichten festgestellten Thatsache beruht es eigentümlich, daß der Klosterprobst, der doch gewiß ein frommer Christ ist, sich mit Händen und Füßen gegen die Versicherungspflicht sträubte. Als der Probst Muhl beim Schiedsgericht schwebte, stellte er aus eigener Initiative den Antrag, doch ja ausdrücklich anzuzupacken, daß die Gartenwirtschaft nicht versicherungspflichtig sei.

Gerichts-Zeitung.

Ein erbitterter Kampf für und wider die Unfallsationen der Berufsgenossenschaften wurde gestern in einer etwa sechs Stunden währenden Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht unter Vorh. des Amtsgerichtsraths Haack ausgetämpft. Als Parteien standen sich auf der einen Seite die Direktoren Bernhard Knoblauch und Max Schlesinger als Privatkläger, der prakt. Arzt Dr. William Levy als Angeklagter gegenüber. Der Privatkläger stand H.-M. Sauer, dem Angeklagten H.-M. Tschauer zur Seite. Die Privatkläger sind die ausführenden Organe des Kuratoriums der Unfallsationen, dessen Mitglied früher auch Dr. Levy war. Dieser ist schließlich mit dem Kuratorium in Streitgespräch geraten und aus letzterem ausgeschieden. Er ist seitdem ein eifriger Gegner der Verwaltung der Unfallsationen. Einiges Tages kam ihm eine von dem in einer Unfallsation beschäftigten Studenten älteren Semesters, dem jetzigen prakt. Arzt Dr. Eitel unterzeichnete Anweisung zu Gesicht und er schickte jemand zu Dr. Eitel und ließ ihm sagen, daß er nicht berechtigt sei, eine solche Anweisung zu unterschreiben. Dr. Eitel ließ ihm erwidern, daß er „verrückt“ sei und nun forderte ihn der Angeklagte vor den Schiedsgericht. Dort kam ein Ausgleich nicht zu Stande, Dr. Levy bemühte aber die Gelegenheit, um auf Dr. Eitel noch weiter einzureden und sagte unter anderem: „Die Direktoren Knoblauch und Schlesinger trieben unlautere Geschäfte, die Geschäftsleitung der Unfallsationen hat wiederholt geschwindelt, Direktor Schlesinger

hat permanent geogen!“ Dies ist die Grundlage der Beleidigungslage, über welche eine sehr umfangreiche Beweisaufnahme stattfand. Es waren fünfzehn Zeugen geladen worden. Darunter die Direktoren Ferd. Vogts, Dr. Martin, Hapold, als Sachverständige der Arzt Dr. Mugdan und Bacherrevisor Salomon. Küber den oben angeführten Aeußerungen des Dr. Levy standen noch die bei derselben Gelegenheit gefallenen Bemerkungen zur Anklage: „Die Kräfte der 8. Station seien von dem Geschäftsführer betrogen worden. Seitdem er (Dr. Levy) und Dr. Paul ausgeschieden, sei mit Ausnahme des Dr. Littauer kein anständiger Arzt mehr in der Unfallsation verblieben.“ Der Angeklagte erklärte dies dahin, daß er seinerzeit als ungeeignet zur Leitung der Unfallsation erklärt worden sei, weil er sich nicht herbeigelassen habe, Mittheilungen über Interna der Klinik zu Reklamezwecken an Reporter zu geben. Kräfte, die berufsmäßig Reklame machen, können nicht mehr für anständige Kräfte gelten und in diesem Sinne habe er jene Bemerkung über die Kräfte gemacht, die eine Erklärung gegen ihn veröffentlicht hätten. Im übrigen suchte der Angeklagte nachzuweisen, daß er zu seiner Aeußerung voll berechtigt gewesen sei. Dr. Knoblauch habe ihm, der für sachliche Bedürfnisse eine bedeutende Geldsumme hineingesteckt habe und Rechnungslegung verlangte, unrichtige Angaben über die ihm selbst bezw. dem Kuratorium zur Verfügung stehenden Fonds gemacht; Direktor Schlesinger habe ihm wiederholt falsche Angaben gemacht; beide Angeklagten hätten zweifelhaft dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes, Bödiker, unrichtige statistische Angaben über die Thätigkeit der Unfallsationen gemacht, die diesen dazu verleitet haben, in einem Vortrag in Pavia zu sagen, daß sich die Einrichtung der Unfallsationen sowohl bei Einzel- wie bei Massenanfällen trefflich bewährt haben und in einem amtlichen Bericht die unzutreffende Angabe zu machen, daß im Jahre 1894 die Brauereigenossenschaft im Laufe gewesen sei, von 580 schwer Verletzten 581 schon in der Vorbehandlung wieder herzustellen. Endlich machte Dr. Levy den Privatklägern noch unzulässige Reklamen zum Vorwurf. Die Kläger bestritten entschieden, daß Levy auch nur einen Schatten von Berechtigung zu seinen schweren Angriffen gehabt habe, Dr. Levy verfocht mit noch größerer Entschiedenheit den entgegengesetzten Standpunkt. Ueber die Ergebnisse der Beweisübernahme waren die Parteien grundverschiedener Ansicht. Der Gerichtshof hielt den Beklagten der Beleidigung für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von 100 M. eventuell 20 Tagen Gefängnis. Der Beweis der Wahrheit sei als mihlungen zu bezeichnen. Die den Privatklägern gemachten Vorwürfe seien ungerechtfertigt, es sei nicht erwiesen, daß sie ihre Pflicht verlehrt, oder wissenschaftlich falsche Angaben gemacht hätten. Der Privatkläger Dr. Schlesinger habe keine unlauteren Zwecke verfolgt; aber der Privatbeklagte möge sich wohl im großen ganzen im guten Glauben befinden und sich nur durch seine Voreingenommenheit haben beeinflussen lassen. Aus diesem Grunde sei es trotz der schweren Ehrenkränkung bei der verhältnismäßig niedrigen Strafe von 100 M. verblieben.

Sechz hiesige Fischermeister, welche berechtigt sind, auf der Untersee in Berlin, von Mühlendam abwärts, die Fischerei auszuüben, erhoben bekanntlich anfangs der 90iger Jahre gegen den Fiskus Klage auf Entschädigung für die Beeinträchtigung der Fischerei, die ihnen durch die Schiffarmachung der Untersee zwischen den Dammhühlen und dem Kupfergraben erwachsen. Der in drei Instanzen durchgeführte Prozeß führte zu der Entscheidung, daß der Fiskus zur Schadloshaltung der sechs Fischermeister gehalten; die Höhe der Entschädigung jedoch in einem besonderen Verfahren festzusetzen sei. Nach dem im November v. J. ergangenen Erkenntnis des Landgerichts I ist der Fiskus verurtheilt worden, an die betreffenden Fischermeister eine Entschädigung von 124 740 M. nebst 5 pCt. Verzugszinsen seit der Klage-Erhebung zu zahlen. Die Igl. Ministerial-Baukommission verlangt von der hiesigen Stadtgemeinde als Theilnehmerin an dem Unternehmen der Schiffarmachung der Untersee auf Grund des Vertrages vom Jahre 1888 die Erstattung der Hälfte der erstrittenen Entschädigung, sowie die Tragung der Hälfte der Prozeßkosten. —

Wie der Maximal-Arbeitsstag der Bäcker aussieht. Ein Verloß gegen den Maximal-Arbeitsstag wurde dem Bäckermeister Ruedrich zur Last gelegt, weshalb er sich eine Anklage wegen Vergehens gegen die Vorschriften des Bundesrats zugog. Im November v. J. hatte der Angeklagte seine Gefellen von abends 9 1/2 Uhr bis zum anderen Tage gegen Mittag beschäftigt. Vor der 183. Abtheilung des Amtsgerichts I wurde nun festgestellt, daß die Gefellen um 9 1/2 Uhr mit der Herstellung des Brotes begonnen hatten, während die eigentliche Backarbeit erst um 11 Uhr begann und am nächsten Vormittage gegen 11 Uhr beendet wurde. Nach dieser Zeit mußte von den Gefellen das Holz und Mehl abgetragen werden. Der Gerichtshof nahm an, daß das Herstellen des Vortheiges und das Abtragen von Holz und Mehl nicht als eigentliche Arbeit zu rechnen und deshalb gesetzlich zulässig sei. Da die festgesetzte Maximal-Arbeitszeit demnach nicht überschritten war, so mußte der Angeklagte auf Staatskosten freigesprochen werden.

Wegen Störung des Gottesdienstes war der Schuhmacher Josef Paddierum am 5. April vorigen Jahres zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Am 6. Oktober hatte er die Strafe verbüßt. In dem ersten Sonntag, dem Paddierum wieder in Freiheit verlehrt, begab er sich nach der Pius-Kirche und beging hier während des Gottesdienstes eine Kergerniß erregende Ausschreitung. Er unterbrach mit lauter Stimme den Prediger durch häßliche Worte. Gestern hatte ihn die vierte Strafkammer des Landgerichts I wiederum abzuurtheilen. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß es dem arbeitsscheuen Angeklagten nur darum zu thun sei, für längere Zeit im Gefängnisse untergebracht zu werden, er beantrage gegen ihn eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Der Gerichtshof erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Ein fideses Gefängnis besah im Jahre 1895 der Amtsbezirk Eichenberg-Friedrichberg-Wilhelmberg. Bei diesem Amte war der Zivilverforgungsberechtigte Ernst Karl Alexander Grehlmann als Polizeidiener angestellt, bezw. vom Amtsauschuss bestellt und vom Landrath beauftragt worden. Grehlmann war daneben auch Polizeibeamter. Er hatte Geldstrafen einzuziehen, zu pänden, wenn nicht bezahlt wurde, im Falle fruchtloser Pfändung verfügte er auch den Haftantritt und beschleunigte alsdann in den Akten, daß die Strafe verbüßt sei. Als Gefangen-Wärterin fungierte in Eichenberg die verehelichte Anna Wilhelmine Louise Kenzler, geb. Fischer; dieselbe stand in seinem amtlichen Verhältnis, hatte aber das Gefängnis zu beaufsichtigen und die Gefangenen zu befehlen, wofür sie pro Tag und Kopf fünfzig Pfennige erhielt. Der Polizeidiener und die Gefangenwärterin Kenzler fanden nun gestern vor dem Schöffengericht am Landgericht II, Grehlmann unter der Beschuldigung der wissentlich falschen Beurkundung in öffentlichen Registern und der Unterschlagung, Frau Kenzler wegen Betruges. Nach der Anklage hat der Angeklagte zu 1 von Privatperson Geldstrafen eingezogen, in den Vollstreckungsarten aber der Akte nach vernimmt, daß nicht gezahlt worden, daß der Betreffende fruchtlos gepfändet worden sei und daß derselbe die substituirte Haftstrafe verbüßt habe. Frau Kenzler hat ihrerseits die Gebühren für die Verpflegung in solchen Fällen erhoben, wo bis mit Strafmandaten Begläubten gezahlt und die Strafe nicht „abgelesen“ hatten. Solcher Fälle standen allerdings nur zwei unter Anklage, die Jugendvernehmung förderte jedoch noch weitere Fälle zu Tage. Unter anderem ergab sich, daß für einen Handelsmann, der eine Strafe verbüßen sollte, dessen Frau in das Gefängnis ging, die Strafe für den Mann ablas und daß alsdann Frau Kenzler bescheinigte, daß der Ehemann die Strafe verbüßt habe. Nach Lage der Sache mußte der Staatsanwalt den Begriff der falschen Eintragung in öffentliche Register lassen und die Geschworenen votirten bezüglich beider Angeklagten in vollem Umfange auf nichtschuldig, worauf die Freisprechung erfolgen mußte.

Kurze Zeit nach dem Untergang des „Itis“ reproduzirte der sozialdemokratische „Volksfreund“ in Offenb. u. r. g. unter der Spitzmarke „Ein Schwimmer der Sarg“ einen Artikel der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ über die fragwürdige Seetüchtigkeit des genannten Kriegsschiffes. Die Ausführungen stützen sich auf den Inhalt eines Matrosenbriefes, dessen Original dem sächsischen Partei-Organ vorlag. Der Matrose des „Itis“ schrieb kurze Zeit vor der Katastrophe an seine Verwandten in Sachsen und sprach dabei die Besichtigung aus, daß er die Heimath wahrscheinlich nicht wiedersehen werde, weil er einen Untergang des „Itis“ — den „nur noch der Rost zusammenhalte“ — besichtige.

Daran knüpfte der Redakteur des „Volksfreund“, Genosse Adolf Ged., die Bemerkung, daß doch gewissen Kreisen ein Vorwurf wegen der Katastrophe nicht erspart bleiben könnte. — Nach einiger Zeit — da die badische Behörde nicht im geringsten an die Verfolgung Ged's dachte — stellte das Marineamt Strafantrag, und die Staatsanwaltschaft des liberalen Musterstaates mußte, der Noth gehorchend, die Klage erheben. Das Landgericht Offenb. verwies den Fall vor das Schwurgericht des vierten Quartals. Da die Staatsanwaltschaft die Vorladung Ged's aber vor die Strafkammer ausgestellt hatte, ließ der Angeklagte die Verhandlung verlagern, da er auch ein Interesse hatte, erst die Verhandlungen über den „Itis“ im Reichstag abzuwarten. Gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“ wurde kein Strafantrag gestellt. Als Zeuge und Sachverständiger lud die Staatsanwaltschaft in Offenb. einen General der maritimen Abtheilung des Marineamts. Die Verhandlung gegen Ged fand vor dem Schwurgericht des Landgerichts Offenb. statt. Der Offizialverteidiger Ged's war Rechtsanwalt Schneider, die Anklage vertrat der erste Staatsanwalt Arnold.

Am Samstag wird vom 20. Januar über einen Mordprozeß berichtet: Ein räthselhaftes Verbrechen gelangt morgen, Donnerstag, vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts zur Verhandlung. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni 1896 wurde in dem Bade-Ort Joppot ein Mord begangen, der noch bis heute in ein undurchdringliches Dunkel gehüllt ist. Der Thatsache ist etwa folgender: Die vermittelte Frau Justizrath Beer aus Adnigsberg i. Pr. befand sich seit Pfingsten 1896 mit ihrem etwa 30 Jahre alten geisteschwachen Sohne Richard und einer Wärterin, namens Neumann, zum Kuraufenthalt in Joppot. Sie bewohnte in dem in der Nordstraße gelegenen Wiemtschen Pensionat im ersten Stock drei zusammenhängende Zimmer. In jedem führte vom Korridor aus eine Thür. In dem Schlafzimmer schlief die Justizräthin, in dem kleinsten die Neumann und Richard Beer. Das Bett der Neumann stand an der Wand, das des Richard Beer, das allabendlich aufgestellt wurde, in der Mitte des Zimmers und zwar von allen Seiten frei. Es war etwa fünf Meter vom Fenster entfernt und stand mit dem Kopfende nach dem Bett der Neumann zu. Am 17. Juni 1896, abends gegen 10 Uhr brachte die Neumann den Richard Beer zu Bett. Etwa eine Stunde später begab sich die Justizräthin und auch die Neumann zur Ruhe. Die Justizräthin hörte noch 12 Uhr schlagen und schlief dann ein. Etwa gegen 1 1/2 Uhr stürzte die Neumann mit dem Rufe zur Justizräthin ins Zimmer: „Sie solle nur schnell herbeikommen, mit Richard müsse etwas Schreckliches passiert sein.“ Die Justizräthin eilte an das Bett ihres Sohnes und hörte diesen röcheln. Nachdem sie sich angekniet hatte, bemerkte sie, daß ihrem Sohn der Hals bis zum Wirtel durchschnitten war. Der junge Mann, der förmlich in Blut schwamm, röchelte noch eine zeitlang und verschied alsdann. Ein schnell herbeigerufener Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Da ein Selbstmord ausgeschlossen schien, fiel der Verdacht, den Richard Beer ermordet zu haben, auf die Neumann, die sich dieshalb morgen vor dem eingangs bezeichneten Gerichtshof zu verantworten hat. Die Neumann will selber von dem angeblichen Mörder des Beer zwei Stiche am Halse erhalten haben; die Anklage nimmt jedoch an, daß sie sich diese selbst beigebracht habe, um den Verdacht von sich abzulenken.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Wahlkreis hielt am 19. Januar im Dabel'schen Brauereiaussschank, Bergmannstraße, eine recht gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Bedeutung der Presse, und wie läßt sich eine größere Verbreitung des „Vorwärts“ erzielen?“ sprach einleitend Genosse R. Coblenzer. Er wie anregenden Ausführungen gipfelten darin, daß die Parteigenossen die Pflicht hätten, mehr wie bisher für die Verbreitung der allein unabhängigen sozialdemokratischen Presse zu sorgen, um dem verunstaltenden Einflusse der „farblosen“ Presse entgegenzuwirken. Auch berief sich Redner zur Bekräftigung seiner Rednerworte auf die Thatsache, daß in letzter Zeit viel Opfer gebracht worden sind und noch gebracht werden, den „Vorwärts“ immer mehr zu vervollkommen. An der äußerst lebhaften Debatte beteiligten sich die Genossen Wol-derski, Kizing, Knäuper, Zubeil, Glashagen, Lange, Berger, Gensel, Bösch, Ricker, Fisch, Ochs, R. Fischer. Mehrere Redner betonten, daß überall, wo es auch sei, so in Verkehrslokale, in der Fabrik und in der Werkstätte für unser Partei-Organ in jeder Weise Propaganda gemacht werden müsse. Zubeil erinnerte an die Art der Agitation, wie sie bei Einführung des „Volksblattes“ seinerzeit betrieben wurde. Wie damals mühten die Parteigenossen auch jetzt allwöchentlich Probenummern in den Häusern herumtragen und gleich Abonnenten sammeln. — Die Versammlung beschloß, 600 Mark aus dem Vereinskassen dem Reichstags-Abgeordneten Fischer, als dem Vertreter des Kreises, zur sozialdemokratischen Agitation zu überweisen.

Im Verein „Vorwärts“, der am Dienstag in der Kronenbrauerei tagte, sprach Genosse Ledebour über das Thema: „Weshalb ist der Klassenkampf unvermeidlich?“ Redner bemerkte eingangs seines beifällig aufgenommenen lehrreichen Vortrages, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen geht in das Stadium gelangt sei, wo auch Angehörige der bürgerlichen Kreise nicht mehr umhin können, sich mit den sozialen Forderungen der Arbeiterklasse zu beschäftigen. Zu diesen Kreisen gehöre der Veröhnungspostel v. Sgibny, sowie die Christlich-Sozialen, National-Sozialen und ähnliche Parteischattierungen. Unsere „Freunde“ aus diesen Kreisen hielten sich für berufen, der Sozialdemokratie vorzuhelfen, daß sie nicht auf dem richtigen Wege sei und uns den ihrer Meinung nach richtigen Weg zu weisen. Die Vertreter dieser Richtung betonten vor allem, daß sie den Frieden zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen und die Veröhnung der kämpfenden Parteien wolle. Besonders mißfiel diesen Leuten, daß wir die Nothwendigkeit des Klassenkampfes betonten, daß auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens sich abspielenden Kampfes, der darauf gerichtet ist, den herrschenden Klassen die Macht zu entwinden und eine klassenlose Gesellschaft herbeizuführen. Der Redner wies nun an der Hand historischer Ereignisse nach, daß die Umwandlung der feudalen Gesellschaft in die kapitalistische unter theils recht heftigen Klassenkämpfen vor sich ging. Noch nie habe eine Gesellschaftsklasse infolge guten Zuredens ihre Macht an der Hand gegeben. Das werde auch ferner nicht vorkommen. Auch das Koalitionsrecht mußten die Arbeiter durch Kampf erringen und müssen es jetzt kämpfend verteidigen. Der Hamburger Streik, den der Redner zum Schluß berührte, zeige gleichfalls, daß ohne wirtschaftlichen Kampf eine Besserung der Lage der Arbeiter nicht zu erreichen sei. Wenn also unsere „Freunde“ aus den bürgerlichen Kreisen uns zur Veröhnung und zum Frieden mahnen, dann rufen wir ihnen zu: Versucht es erst bei den Unternehmern. Wenn aber diese sich nicht überreden lassen, ihre Macht freiwillig aus den Händen zu geben, dann fällt uns nicht in den Arm und hindert uns nicht am Klassenkampf. Einwendungen gegen den Vortrag wurden in der Diskussion nicht gemacht.

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 21. Januar. **Oberhaus.** Die Engländer. **Schauspielhaus.** Sappho. **Deutsches.** Die verlorene Mode. **Berliner.** Kaiser Friedrich. **Vestling.** Die Wiederkehr. **Westen.** Minna v. Barnhelm. **Neues.** Marcelle. **Reichens.** Die Frauenjäger. **Zentral.** Eine wilde Sache. **Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Kein Hüftling. **Alexanderplatz.** Der indische Goclast. **Unter den Linden.** Der Schmetterling. **Schiller.** Mit Vergnügen. **Ostend.** Schwerenöcher. **Parodie.** Der Bengel. **Voll's.** Robert und Bertram. **Thalia.** Frau Lieutenant. **Belle-Alliance.** Adam und Eva. **Vestling-Panoptikum.** Traumbilder. **Apollo.** Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 24. Jan., nachm. 3 Uhr:
Gastspiel von Fel. Jenny Warba.
Zum 2. Male: „Glaubiger.“
Tragikomödie in 1 Akt von Strindberg.
Dann: „Die Unehelichen.“
Schauspiel in 3 Akten von Dostojewski.
Belegung wie bei der Premiere.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: „Mit Vergnügen.“
Freitag, abends 8 Uhr: „Ein Wintermärchen.“

Central-Theater.
Alle Jahrsfr. 30. Dir. Ad. Schülz.
Donnerstag, den 21. Januar cr.
Vorlesung Aufführung.
Emil Thomas a. G.
Zum 122. Male:

Eine wilde Sache.
Morgen: Zum letzten Male: Eine wilde Sache.
Anfang 1/8 Uhr.
Sonntag, den 23. Januar cr.:
Zum 303. Male:

Eine tolle Nacht.
Friedrich-Wilhelm-Theater.
Der Glöckner von Notre-Dame.
Romantisches Drama in 6 Tableau von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Kein Hüftling. Schauspiel in vier Akten nach der gleichnamigen Dichtung Friedrich Heiter's von Hermann Jahnke und William Schirmer.
In Vorbereitung: Der Postvogel. Volksstück in 5 Akten v. Max Klinger. Sonntag, nachm. 4 Uhr: „Die Puppenfee.“
Andermächten mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann.

Alexanderplatz-Theater.
Heute und die folgenden Tage: „Der indische Goclast.“
Schwanz in 4 Akten von A. von Gordon.
Anfang 8 Uhr.
(Bonds, auch die zu anderen Stunden ausgegebenen, behalten ihre Gültigkeit.)
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: „Die Puppenfee.“
Andermächten mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann.
Willeis sind schon 5 Tage vorher ohne Vorbestellungsbüchle an der Theaterkasse zu haben.

Volks-Theater
31 Reichenbergerstr. 31
nahe dem Kottbuser Thor.
Bei dem anhaltenden Nachschub:
Abendstück 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Robert und Bertram
Große Gesangsposse in 4 Akten von G. Käber.
Robert: G. Winkler. Bertram: M. Conrad. Käber: Krümel. Sünden: Appeltauer; Herr August Meißel; Herr Broder. Strambach; Herr Richter. Adore: Fr. Elise Bendig.
Entrée 50 Pf. bis 4 M.

Circus Buseh.
Bahnhof Börse.
Donnerstag, den 21. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin.
Nach Sibirien.
Freizeithaus-Aufführung. Unerreichte europäische Effekte. Außerdem: 6 Fuchshunde und 4 arab. Schimmelhengste als Schaustücke, drei und vierfüßig v. Direktor Buseh. Geste. Quadriga, geritten v. 6 Damen und 6 Herren. Langbar, russ. Dorsch, ger. von Herrn Salamoni. Auftritten d. weltberühmten Reitschülerin Miss Margarethe. Heroische Abenteuer, komische Szenen der Pierrot-Troupe. Spezialitäten 1. Ranges. Vorzügliche Klomons.
Morgen: Nach Sibirien.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte
Invalidenthr. 57/52
Lehrer Stadtbahnhof.
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater: Saale täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesankündigungen.

Passage-Panopticum.
Som 23. d. M. ab:
Affen-Theater
und Zirkus.
Vorstellungen um 5 und 7 Uhr.



Castan's Panopticum.
Neu! Die wunderbaren indischen
Neu! Pygmäen.
Neu! Ur-Australier
(Kannibalen).

Münz- u. Kaiser Wilhelmstr. Ecke
Winkler's großes
Anatomisches Museum
Freitag von 2 Uhr ab: Damentag.
Entrée 50 Pf. 126M

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Ernst Theater).
„Frau Lieutenant.“
Baubühne in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars.
Deutsch von Hermann Kirischel.
Rustl von G. Serpette und S. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Schöniggraben).
Direktion: Joseph Hisinger
und Leonhard Hasel.
8 Uhr:
Neu! Die kleine Nachtigall.
1/9 Uhr:
Heinrich Heine.
Lebensbild in 3 Akten.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pfennige.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.
Drittes Stück.
Gastspiel von Josephine Dora.
Schwerenöcher.
Posse mit Gesang in vier Akten von Oscar Klein. Rustl von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Unwiderstehlich letztes Mal: „Der deutsche Michel.“

Johann Lumpe
Gastspiel
Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Nov.: Der Berggeist
Nov.: oder: Das graue Kreuz im Teufelskthal
oder: Die Jungfrau vom Kleingebirge.
Große romantische Ritter-Tragödie von Fischer.
Nachwuchsgedehntes Publikum! Beachten Sie mich müßig. Fortit und Grauen bleibe in den Kinderstücken stehen, unsere Kunst führt die Liebe zur Natur und Wahrheit!

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuser Strasse 4a.
Heute, sowie jeden
Donnerstag und Sonntag.
Stettiner Sänger
(Wechsel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schrader).



Weltgeschichten.
Brodhaus, Meyer's Verison.
Bredh's Thierleben, jedes wissenschaftliche Werk belehrt und taucht
Lehrhaus u. Antiquariat Hofen:
Theaterstr. 11/12. Fernspr. III. 8636.

Circus Renz
Karlstrasse.
Wegen plötzlicher Erkrankung der Haupt-Darstellerin der neuen Pantomime findet die
Premiere
„Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten“
erst Sonnabend, den 23. Januar statt
und bleiben
am Donnerstag, den 21. und Freitag, den 22. Januar cr. die
Leistung Blätter
auf dem Repertoire.
Franz Renz, Kgl. Kommissionsrath und Direktor.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gläd.
Miss Emeline Ethardo.
The Kellinos.
Das Sensationsbild:
Endlich allein!
La belle Devernois
ferner 30 Künstler 1. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater 1. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Ankunft. 42/43.
Neu! Mutter Anton. Neu!
Große Bauernposse mit Gesang und
Tanz in 1 Akt.
Herrn Wehling, Tangomister. Kotte
Zieger, Bravour-Künstler mit 50 dresd.
Diaten. Max Alfredo Rex, Salon-
Humorist. Ernst Kühne als heyr-
reicher Franzose. Broder's Astoria,
musikalische Klomons ohne Konkurrenz.
Freitarten haben Gültigkeit.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. R. Winkler.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Abtheilung: Vortragsabende.
Sonntag, den 21. Januar 1897, abends 6 1/2 Uhr,
bei Cohn, Beuthstrasse 21 (grosser Saal):
Vortrag des Gen. Peus, Mitglied des Reichstages,
über:
5/6
Freiheit und Zwang und ihre Grenzen.
Nach dem Vortrage:
Geselliges Beisammensein und Tanz.
Entrée 10 Pf. - Nach dem Vortrage haben nur noch
Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt. Der Vorstand.

Die politische Polizei in Preussen
Bericht über die Verhandlungen
im Prozeß Ledert-v. Lüchow-v. Lanich.
Nach stenographischen Aufnahmen. Mit Einleitung u. Anhang.
96 Seiten Groß-Oktav. Preis 25 Pf. Porto 5 Pf.
Die Verhandlungen dieses hochwichtigen Prozesses sind von dauerndem Interesse; durch Beifügung des Anhangs, in welchem wir die vollständig dem Auswärtigen Amt zugesandten Artikel der „Kölnischen Zeitung“, „Münchener Neuesten Nachrichten“ u. s. w. gegen die „Unverantwortlichkeit“ im Wortlaut zum Abdruck bringen, ist der Werth der Schrift noch erhöht worden. 237/14
Sämtliche Parteischriften
sind auch in den Parteidirektionen vorrätig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Sonntag, den 21. Januar, im „Kölnler Hof“, Kölnnerstrasse 8:
Gr. Instrumental- u. Vokal-Konzert
zum Besten der ausgesperrten Metallarbeiter Lübecks.
Anfang 5 Uhr. 114/14. Billet 25 Pf.

Achtung! Nieß's Festale, Weberstr. 17. Achtung!
Sonntag, den 23. Januar 1897:
Großer Wiener Maskenball
veranstaltet vom
05/17
Um 12 Uhr:
Großer humoristischer Aufzug, dargestellt von Mitgliedern des Vereins.
Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ???
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **Das Comité.**

Sonnabend, 23. Januar, in den Gesammträumen
des „Königshof“, Bülowstr. 37-40:
Gr. Wiener Masken-Ball,
arrangirt von den Mitgliedern 182/6
der Zentralkranken- u. Sterbekasse der Tischler Berlin G.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sämtliche Billets à 50 Pf. sind auf den Verkaufsstellen, bei W. Goldin, Alvenslebenstraße 10, und G. Renz, Seemannstraße 13/14 zu haben.

Heinrich Meyer, Bredowstraße 11,
bringt Freunden **Restaurant, Weiß- u. Bairisch-Bier-
Lokal** Vereinszimmer, passend für Zahlabende v. Franz. Vikard.
Großer Frühstücks-, Mittags- und Abendstisch. Amt II Nr. 298.

**Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler
(Weißbinder) und Studienteure Deutschlands.**
„Grundstein zur Einheit.“
Certeche Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 24. Januar, vorm. 10 Uhr:
Ordentl. Mitglieder-Versammlung
in Stabernack's Salon, Inselstraße 10.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht vom 4. Quartal 1896. 2. Wahl des
ersten Bevollmächtigten, zweiten Kassiers, ersten Schriftführers, eines Revisors
und des Bevollmächtigten für Unfallversicherungen. 3. Kassenangelegenheiten.
NB. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß nur das
alte Mitgliedbuch von 1896 legitimirt. Die Mitglieder werden aufgefordert,
sich die abgegebenen Mitgliedsbücher in dem Bureau und bei den Hilfs-
kassieren abzuholen. 149/2
Die örtliche Verwaltung. J. A. W. Wilh. Garbe.

Friedrichsberg.
Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Rud. Müller's
Lokal (Kronprinzen Garten), Frankfurter Chaussee 86:
Gr. Volksversammlung
für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen
über: „Das Epichelweien.“ 2. Diskussion. 3. Berichtenes. 222/12
Um zahlreichem Besuch bitten
Die Vertrauensperson.

**Feen-Palast, Burg-
straße 22.**
Direktion Winkler & Fröbel.
Sehen! Staunen!
Das brillante riesengroße
Januar-Programm
kolossal Erfolg.
Cirkus Sarrasani.
Neue Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. - Reservirt 50 Pf.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstraße 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosser Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädel.
Aufstufung: Burleske mit Gesang
Anfang: 7 1/2 Uhr. Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Sonntag 30 Pf.

Arminhallen
Kommandantenstr. 20,
vollständig renovirt, empf.
Säle jeder Größe zu Festlich-
keiten und Versammlungen.

**Täglich: Warmes
Frühstück**
zur
Auswahl
Zur alten Linde
Echt
Münchener
Bürger räu
Pilsener, hiesiges
bott. u. dunkl. Lagerbier
Weissbier.

Berndt's Würstelstube
No. 7. Molkenmarkt No. 7.
Empf. mein Vereinszimmer in Piano.
Empfehle allen Freunden u. Bekannten
meine **Weiss-, Bairischbier-
und gr. Speisegeschäft.** Reich-
haltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag
mit Bier 50 Pf. sowie Abendstisch à la
carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer
mit Kapier für 20-50 Personen. *
H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Vereinen,
Klub z. empfehle meinen Saal mit
Rebenzimmern. 29136
Staligerstraße 54.
Frische Würst.
Heute Donnerstag, nachm. 4 Uhr,
berühmte Grünwürst. Fr. Leber-
und Ferkelwürst bei G. Tempel,
Gr. Frankfurterstr. 16. 2920b

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an,
Theils, mögheit. 1 M. wird abgelöst.
Jahreslichen, Zahnreinen, Heroldbitten
bei Bestellung unentf.
Vauhterplatz 2. Häuser
Guckel, Nr. 12, Sieglitzerstr. 71 I.

Künstliche Zähne.
J. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Theilzahlung v. Woche 1 M.
Möbel auf Theilzahlg.
J. Kellermann,
Neue Jakobstraße Nr. 26.
Echt chinesische
Mandarinendamen
(gesetzlich geschützt)
Das Pfund Mk. 2,85,
natürliche Damen wie alle inländischen
garantirt neu und staubfrei,
in Farbe ähnlich den Federjahren,
anzehnmal haltbarer u. haltbar;
3 bis 4 Pfund genügen zum
grossen Oberbett.
Tausende von Anerkennungs-
bescheidungen. Versand gegen
Nachnahme nur allein von der
ersten Bettfedernfabrik
mit elektrischen Betriebe
Gustav Lustig,
Berlin N., Pringelstraße 46.
Gummischuhe u. repar. Vauhterstr. 14.
Alle Dresdner f. Drechsler bill. zu
vert. Alte Jakobstr. 137. Beer. 2922b
Betten, Regulatoren, Remontoir-
ahren, Wäsche, Kasse, Polen, Goldm.,
Granatsteinm. (pottdilig) Gländliche
Reanderstr. 6.

**Frauen-Begräbniskasse der
Schriftgelehrten zu Berlin**
Donnerstag, den 4. Februar d. J.,
abends 6 1/2 Uhr,
bei Zimmermann, Wilhelmstr. 2:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Halbjahrsbericht
u. Jahresabrechnung. 2. Berichtenes.
2921b Der Vorstand. J. A. H. Jost.

**Verband aller in der Metall-
Industrie beschäft. Arbeiter**
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 18. Januar, starb
unser Mitglied, der Schlosser
Emil Bach.
Ihre feinsten Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerst-
tag, den 21. Januar, nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Andreas-
Kirchhofes in Wilmersberg aus statt.
Um rege Betheiligung ersucht
111/18 Der Vorstand.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Töpfer
Franz Liegner
verstorben ist. Die Beerdigung findet
am Freitag, den 22. cr. nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Luisen-Kirchhofes, Fährtenbrunnen-
Weg (Charlottenburg), aus statt.
Der Verstorbenen war jederzeit nach
Kräften in unserer Bewegung thätig
und werden wir sein Andenken in
Ehren halten. 193/9
Um recht zahlreiche Betheiligung
ersucht **Der Vertrauensmann**
der Töpfer Berlins u. Umg.

Dankagung.
Für die vielen Beweise liebevoller
Theilnahme bei der Beerdigung unseres
innig geliebten Bruders, Schwagers u.
Onkels, des Steinträgers 2920b
Joseph Klopisch
sagen wir allen, insbesondere dem
Gesangsverein „Bormärts“, seinen Kol-
legen, sowie dem zahlreichen Grab-
geleit unseren innigsten Dank.
Der tiefbetrübte Bruder Franz Klopisch
im Namen der Angehörigen.

**Möbel, Spiegel
und
Polsterwaren**
Reelle
Waare. Ganze
Franz Tutzauer
Tischlermeister, Blücherstr. 14.
Wohnungs-
Einrichtungen
in Nussbaum u. Mahag.
zu soliden Preisen.

Mühlenstraße 8,
nahe Oberbaum, sind zum 1. April
freundliche, billige Wohnungen von
2 und 1 Stube nebst Küche und Zu-
behör, 3. vermietet. **Der Verwalter.**

Grünauerstr. 3 billige Wohnungen
70 Zehn. 3. 1. April.
Schlüssel für jungen Mann oder
Mädchen Petrif. 23. 2923b

Arbeitsmarkt.
Blätterinnen auf Aufträgen u.
Mantelarbeiten finden dauernd gute Be-
schäftigung. **Goldschmied Felix
Karpe,** Blumenstr. 70. 2900b
Wir suchen fleißige, intelligente
Bewerberinnen in Berlin und Vororten.
Hohe Provisionen. Günstige Be-
dingungen. **Verkehrsgesellschaft
Thuringia,** Friedrichstr. 62 I. 3176b
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter
Die Kollegen von
Fehrmann, Rummelsburg,
Schillerstr. 24.
haben wegen Lohnabzug die Arbeit
eingestellt. 80/18
Zuzug ist fernzuhalten!
Zuschneider auf Kragen, Deuben,
Blauenbanden suchen Kraft u
Jacobi, Marienburgerstr. 9.
Tüchtiger Grundrizer,
selbständig arbeitend, wird gesucht.
Wohnungen mit Zeugnisabschriften an
W. Kehrberg & Tempel,
Hamburg, Adolphsbrücke Nr. 11.
Bergolder-Lehrling
verl. Kottbuser Damm 100.